

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg. 

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Frombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig. 

Nr. 28.

Dienstag den 5. März 1907.

35. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reichstag.

Die Etatsberatung wird am Sonnabend fortgesetzt.

Abg. Dr. Schädler (Ztr.):

Der neue Reichstag hat, wie der Abg. Windler dargelegt hat, die eine positive Aufgabe, im gesetzlichen Wege für die Arbeitswilligen einzutreten. Das bedeutet nichts anderes als das Wieder-aufleben der Zuchttaubvorlage. (Weiterk.) Dem Abg. Dr. Semler waren bei der Erörterung des Kulturkampfes die Bitten des Abg. Gröber sehr unangenehm. (Zuruf i. Zentrum.) Von allen Seiten hält man uns vor, daß wir die Auflösung des Reichstages verursacht hätten. Ja, meine Herren, was war denn eigentlich das Verbrechen, das wir auf unser Haupt geladen haben? Vielleicht, daß wir der glühenden orientalischen Phantasie Dernburgs keinen Glauben geschenkt haben? (Zwischenruf des Abg. Dr. Semler: Das ist eine unerhörte Beleidigung!) Ueberlassen Sie (zu Dr. Semler) die Beurteilung darüber dem Präsidium. Wenn Sie sich übrigens zu Polizeidiensten eignen und hergeben wollen, so kann es mir recht sein! — Das ganze Staatsverbrechen, das wir begangen haben, bestand in unserem Antrag. Es ist nun endlich an der Zeit, daß man in den Reihen Parteien und an den Regierungstischen das Märchen, das man um diesen Antrag gewoben hat, in die Rumpfkammer werfe. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir haben nicht verlangt, daß am 1. April nicht mehr als 2500 Mann in den Kolonien bleiben sollen, wir haben nur verlangt, daß Vorbereitungen zur Verminderung getroffen werden, damit die Regierung, die die erfolgte Niederwerfung des Aufstandes zugeben mußte, nach Friedensschluß nicht sagen konnte: Ja, wir sind auf den Heimtransport der Truppen nicht vorbereitet! (Zustimmung im Zentrum.) Der ganze Entwicklungsgang der Ereignisse hat uns recht gegeben. Die Wahlen sind ja vorüber und man kann daher der Wahrheit die Ehre geben. (Weiterk.) Man hat in unserem Antrag ein Eingreifen in die Rechte des militärischen Oberkommandos erblicken wollen. Demgegenüber will ich hier feststellen, daß für den Reichstag keine gesetzliche Verpflichtung besteht, Geld für eine bestimmte koloniale Schutztruppe zu bewilligen. Es besteht auch für niemanden die Pflicht, in den Kolonien militärische Dienste zu leisten. Demnach ist es klar, daß es dem freien Ermessen des Reichstages zusteht, die jeweilige Zahl der Schutztruppen zu bestimmen. (Beifall im Ztr.) Ich betone auch ausdrücklich, daß das Zentrum während der Dauer des Aufstandes jeden Mann und jeden Pfennig, den die Regierung gefordert hat, ohne Murren bewilligte. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Beratung der kolonialen Bahnvorlage ist in der Budgetkommission vom Zentrum nicht verschleppt worden; meine Partei hat den Gesetzesentwurf ja auch im Ganzen angenommen. Es ist erwiesen, daß in den verschiedenen Parteien die Meinung besteht, einen neuen Kulturkampf zu beginnen; dem Reichskanzler hat niemand eine derartige Unterschiebung gemocht und er hat sich ganz überflüssigerweise dagegen verwahrt. Die Haltung der Blockparteien gegenüber dem Wahlrecht muß uns zur Vorsicht mahnen. Herr Semler selbst hat sich gegen das geheime Wahlrecht ausgesprochen. Wir wollen ja dem Herrn Reichskanzler glauben, daß er keine Veränderung des Wahlrechts beabsichtigt. Aber eine pupillare Sicherheit bietet diese Erklärung nicht. Der Wohnungswechsel in der Wilhelmstraße 77 geht oft sehr rasch vor sich. (Weiterk.) Der Reichskanzler hat hier erklärt, daß er bei den nächsten Wahlen noch intensiver in die Agitation eingreifen werde als diesmal, und er hat es so hingestellt, als ob der Reichstag der Regierung zu unbedingter Gefolgschaft verpflichtet sei. Ich muß mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Ton protestieren und Verwahrung einlegen, daß man uns zu politischen Handlungen und Spitzbüben der Regierung degradieren will. (Weiterk. und Zustimmung im Zentrum.) — Im Dezember hat hier Herr Dernburg erklärt, er habe die Politik aus dem Kolonialamt hinausgeworfen; sie muß nun aber doch dort Eingang gefunden haben, denn nie wurde so viel Politik im Kolonialamt getrieben, als gerade jetzt unter der Leitung des Kolonialdirektors Dernburg. (Kolonialdirektor Dernburg lacht und schüttelt wiederholt den Kopf.) Uns wird zum Vorwurf gemacht, daß wir Sozialdemokraten wählten. Von anderen Parteien, namentlich den Nationalliberalen erfolgte ein viel heftigeres Liebeswerben um deren Gunst. Die Erklärungen der bayerischen Bischöfe bedauere ich wegen der daran geknüpften falschen Deutungen. Die Nationalliberalen klammerten sich an diese Kundgebungen und versuchten sich an den Hirtenstäben der Bischöfe über Wasser zu halten. (Sehr gut im Zentrum, Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Redner polemisiert dann gegen den Flottenverein, der in der gewissenlosen und skrupellosen Weise zur Agitation gegen das Zentrum gemißbraucht werde und schließlich: wir stehen auf unserem alten Standpunkt; versuchen Sie noch einmal uns anzugreifen, Sie werden wieder auf Granit stoßen, wir werden Treue gegen Treue bieten. (Beifall im Ztr.)

Abg. Gothein (Freis. Vgg.) führt aus, daß das Zentrum sich so sehr über die auch für uns bedauerlichen Wahlbeeinflussungen aufregt, wundert mich, da doch von keiner Seite mehr als vom Zentrum Verletzungen des Wahlrechts vorlägen; auch die Kanzel wurde zu Wahlbeeinflussungen mißbraucht. Das Wahlrecht war früher viel mehr gefährdet als jetzt. Deshalb hat das Zentrum stets unsere Wahlrechtsanträge bekämpft? Der Unwille gegen das Zentrum stammt aus der Sucht des Zentrums, eine Nebenregierung zu etablieren. Ein Wahlbündnis mit irgend einer Partei nimmt niemand ab. Das Bündnis der Sozialdemokraten mit dem Zentrum bei Bekämpfung unserer süddeutschen Kollegen ist aber viel schlimmer, als unser Bündnis mit einigen Kreisen mit der Rechten. Redner konstatiert bezüglich der Wahlen, daß keine Partei keinen Pfennig aus den so

genannten nationalen Fonds erhalten habe und geht dann auf die Bittate Gröbers ein, in denen von einem Kulturkampf in dem bisherigen Sinne nicht die Rede sei. In der Verschärfung der konfessionellen Gegensätze weist Redner dann die Beschuldigung, daß ein neuer Kulturkampf beabsichtigt sei, zurück und wendet sich gegen die Polenpolitik der Regierung. — Staatssekretär Graf Posadowsky betont: Die Auflösung des Reichstages erfolgte auf Antrag des Reichskanzlers mit Genehmigung des Kaisers auf einen Beschluß des Bundesrats. Die gestrigen Ausführungen über die Zollbelastung Englands halte ich vollkommen aufrecht. Die Antialkoholbewegung halte ich für ungeheuer wertvoll für das Volk; das hindert aber nichts daran, daß weite Kreise des arbeitenden englischen Volkes bei der feuchten Witterung den Alkoholgenuß für notwendig erachten. Ich halte noch heute die Theorie, daß die Schutzölle ganz anders wirken, weil sie den Inlandspreis erhöhen, als die Finanzölle, in dieser Schärfe ausgesprochen, für unbedingt unrichtig. (Zustimmung rechts.) Die Verteuerung hängt wesentlich vom Verhältnis des Prozentsatzes dessen ab, was eingeführt wird, zu dem Prozentsatz dessen, was im Lande selbst erzeugt wird. — Nach persönlichen Bemerkungen wird die Weiterberatung vertagt.

Der Kultusminister über den Schulstreik.

Erst Unterwerfung — dann Milde.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte in ihrer Sitzung vom Freitag abend die Beratung des Kultusetats fort bei dem bis jetzt zurückgestellten Kapitel „Ministergehalt“. Auf eine Anregung aus der Mitte der Kommission gab Kultusminister Dr. v. Studt eine Uebersicht über die Entstehung und den Verlauf des polnischen Schulstreiks, der von großpolnischen Agitatoren hervorgerufen sei und fortgesetzt geführt werde. Die Staatsregierung sei deshalb gezwungen gewesen, mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorzugehen. Leider seien hiervon auch Geistliche betroffen worden, während die eigentlichen Urheber des Streiks sich wohlweislich im Hintergrunde verborgen gehalten hätten und so fruchtlos geblieben seien. Verhandlungen der Staatsregierung mit den Erzbischöfen hätten zu keinem Resultat geführt. Erfreulicherweise befindet sich der Streik gegenwärtig im Abflauen. Während in der Provinz Posen rund 48 000 Schulkinder in den Streik eingetreten seien, beteiligten sich gegenwärtig nur noch 29 000 an ihm. Ein ähnlicher Rückgang zeige sich in der Provinz Westpreußen. Die Regierung werde fest bleiben und hoffe auf eine baldige Beendigung des Streiks. Die Relegation polnischer Gymnasialisten sei gerechtfertigt. Der Vertreter der polnischen Fraktion in der Kommission bestritt nicht, daß die Ursachen des Streiks vielleicht auch politische seien. Aber als Hauptursache kamen lediglich religiöse Momente in Frage. Die Regierung möge entweder den früheren Zustand, wenigstens den Religionsunterricht in polnischer Sprache zu erteilen, wieder herstellen oder aber den Religionsunterricht gänzlich den Geistlichen überlassen. Der Staat habe die Pflicht, sich mit der Kirche zu verständigen, weil er den Religionsunterricht ja nur in deren Auftrage erteile. Der Streik habe zweifellos große Verwaltungen angerichtet, und auch die Polen wünschten dringend seine baldige Beendigung. Jedoch müßten sie darauf bestehen, daß der Grundfals der katholischen Kirche, „der Religionsunterricht darf nur in der Muttersprache erteilt werden“, anerkannt werde. Kultusminister Dr. v. Studt bestritt den letzteren Grundfals. Von autoritativer Seite der katholischen Kirche sei der Streik als ein unpädagogischer und unfürsichtlicher bezeichnet worden. Ein Regierungskommissar erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, milde zu urteilen, aber zunächst müsse sie völlige Unterwerfung fordern. In der ausgedehnten Debatte stellten sich fast alle Redner auf den Standpunkt der Regierung. Nur die Relegation der polnischen Gymnasialisten ging einigen zu weit. Der Zentrumsaabg. Dr. Dietrich führte nach Rücksprache mit den anwesenden Zentrumsmitgliedern aus, der Grundfals der katholischen Kirche verlange nicht unbedingt die Ertelung des Religionsunterrichts in der Muttersprache, sondern die Kirche fordere nur, daß das Kind den Unterricht vernehme. Von anderer Seite wurde empfohlen, den Religionsunterricht in den gemischtsprachigen Landesteilen überall deutsch zu erteilen, aber ihn fakultativ zu gestalten und es den Eltern zu überlassen, ob sie ihre Kinder dem deutschen oder dem von Geistlichen zu erteilenden polnischen Religionsunterricht zuführen wollen. Der Staat dürfe dann aber in diesem Falle den Geistlichen keine Zuschüsse für diese Mehrarbeit leisten. — Die Kommission vertagte sich bis Dienstag.

Begrenzung der Kriegsrüstungen.

Das friedfertige England.

Die Frage, ob bei der zweiten Friedenskonferenz im Haag die Abrüstung oder doch wenigstens die Begrenzung der Kriegsrüstungen den Gegenstand der Erörterungen bilden werden, wird seit langem auf das lebhafteste diskutiert. Gegen die Behandlung der Abrüstungsfrage hatten sich eine Anzahl von Stimmen erhoben. Man glaubte befürchten zu müssen, daß die Aufnahme dieses Themas in das Programm der Haager Konferenz der Konferenz selbst gefährlich werden könnte. Nun hat der englische Premierminister Campbell-Bannerman in einem Artikel der Wochenschrift The Nation selbst das Wort genommen, um die Einwendungen zu widerlegen, die gegen die Behandlung der Frage der Begrenzung der Kriegsrüstungen auf der Haager Konferenz erhoben worden sind. Campbell-Bannerman führt in dem Artikel aus:

Die erste Haager Friedenskonferenz sei gerade bezüglich dieser Frage zu einer Uebereinstimmung gelangt, wie sie bei einer so heißen und schwierigen Materie bei dem ersten Versuch nicht zu erwarten gewesen sei. Seitdem sei eine wesentliche Aenderung in den Umständen nicht eingetreten, die etwa das im Jahre 1888 allgemein gebilligte Verfahren als unnötig, unzweckmäßig oder gar nachteilig erscheinen lasse. Heute, wo die Lasten für Heeresrüstungen ins Ungeheure angewachsen seien, sei eine Erleichterung dieser Lasten nicht weniger wünschenswert. Ihm seien keine Umstände bekannt, die eine Erörterung der Frage gefährlich machen würden. Das Friedensgefühl sei unvergleichlich stärker geworden, und der Schiedspruchgedanke sowie die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten hätten eine praktische Kraft erlangt, die man sich im Jahre 1888 nicht habe träumen lassen. Bezüglich der Stellungnahme Großbritanniens sagt der Premierminister: Wir haben bereits mit Ernst und Aufrichtigkeit unsere Meinung kund gegeben durch die beträchtlichen Abträge an den Marine- und Heeresausgaben und durch die festerliche Verpflichtung, noch weiter zu gehen, falls wir anderen Orts ähnliche Reaktionen wahrnehmen. Es ist gesagt worden, unser Beispiel zähle für nichts, weil das Uebergewicht unserer Stellung zur See unerreichbar bleibe. Ich glaube das nicht. Ich bin vielmehr überzeugt, daß Englands Seemacht in der ganzen Welt als eine nicht aggressive anerkannt wird. Es ist daher ein Irrtum, zu glauben, daß die Seemächte geneigt sein könnten, England als ein Hindernis für einen Vorschlag bezüglich eines Einhalts in den Rüstungen anzusehen. Die Wahrheit scheint in der entgegengelegten Richtung zu liegen. Unser Festhalten an den beiden Prinzipien der Unabhängigkeit der Nationalitäten und der Freiheiten des Handels berechtigt uns zu erklären, daß, wenn unsere Flotten unüberwundbar sind, sie keine Drohung über die Meere tragen, sondern die Völkerschaft herzhafte guten Willens, der sich gründet auf den Glauben an die Interessengemeinschaft zwischen den Nationen.

Deutschland.

— Im Abgeordnetenhaus gab am Sonnabend die fortgesetzte Beratung des Handelsetats den Abg. Dr. Gerschel (Fp. Vp.) und Goldschmidt (Fp. Vp.) Veranlassung, die von der Porzellanmanufaktur aufgestellte Bilanz zu kritisieren. Minister Dr. Delbrück erwiderte, daß die Verwaltungsgrundsätze für dieses Institut früher mit der Oberrechnungskammer vereinbart worden seien. Nach Erledigung des Handelsetats ging das Haus zur Beratung des Etats der Zentral-Genossenschaftskasse über. Abg. Hammer (konf.) polemisierte gegen den Abg. Dr. Crüger. Abg. Dr. Fajbender (Ztr.) regte die Erhöhung des Grundkapitals der Zentralkasse an und befürwortet die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes auf genossenschaftlichem Wege. Der Finanzminister erklärte sich den Vorschlägen gegenüber wohlwollend. Abg. Dr. Crüger (Fp. Vg.) wies die Angriffe des Abg. Hammer zurück. Die Zentralgenossenschaftskasse werde von seiner Partei bekämpft, weil sie eine Konzentration des Kreditverkehrs herbeiführe. Nachdem der Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Heiligenstadt erklärt hatte, daß die Kasse nicht zentralisierend, sondern dezentralisierend auf den Geld- und Kreditverkehr einwirke, wurde die Weiterberatung vertagt.

— Der Kaiser wohnte einem Vortrage des Nordpolforschers Amundsen im Architektenhause bei, wobei auch Kultusminister Studt zugegen war. Professor Holmann teilte in der Versammlung mit, daß die Geographische Gesellschaft Amundsen die goldene Medaille verliehen habe. Amundsen nahm die Medaille dankend an. Abends fand beim Kaiserpaar ein Botschafterdiner statt, an welchem die hier beglaubigten Botschafter, der Reichskanzler und Staatssekretär v. Tschirschky mit Gemahlin und andere Würdenträger teilnahmen.

— (Der billige Reichstagspräsident.) Der Etat des Reichstages für 1907/8, der in einer Vorhandssitzung am 26. Februar festgestellt worden ist, enthält keine Repräsentationsgelder für den Präsidenten. Graf Stolberg hat ausdrücklich gebeten, von der Einstellung eines solchen Postens, wenigstens für diese Session, abzusehen.

— (Evang. Krankenhaus auf dem Delberge.) Der Oberhofprediger D. Dr. Orlander befindet sich augenblicklich in Neapel, wo er am 3. März mit dem Grafen v. Mirbach und dem Pastor Lahusen von der Dreifaltigkeitskirche zusammentrifft. Gemeinschaftlich setzen die Herren die Reise nach Palästina fort, um am Osterfesttag auf Befehl des Kaisers auf dem Delberge den Grundstein zu einem evangelischen Krankenhaus und Hospiz zu legen, woran es bisher in Palästina mangelte.

— Zu dem Diebstahl der Reimbrieife meldet die „Post“, daß die Präsidialgeschäftsstelle des Deutschen Flottenvereins der auch von uns wiedergegebenen Notiz des „B. L.“ gänzlich fernstehe. Außerdem enthalte diese vorzeitige Veröffentlichung, die gegen den Willen des Präsidiums von irgend einem Unbekannten veranlaßt wurde, allerlei Unrichtigkeiten.

— Der ehemalige Oberleutnant Rüger kommt nach den „Berl. Neuzeit. Nachr.“ mit dem nächsten Truppentransport von Südwest-Afrika nach Hamburg zurück. Rüger, der im 144. Infanterie-Regiment in Würdingen diente, erschoss an Kaisers Geburtstag im Jahre 1904 den Hauptmann Adams und wurde dafür zu sechs

Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem er zwei Jahre davon verbüßt hatte, wurde die Strafe in Gefängnis umgewandelt und der Rest derselben erlassen. In Südwest-Afrika, wohin sich Rüger begab, um in die Schutztruppe einzutreten, wurde er einer Fourage-Kolonie zugewiesen.

Ausland.

Frankreich.

Die Pariser Blätter bringen als Sensation des Tages Enthüllungen aus den beschlagnahmten Papieren des f. Zt. ausgewiesenen päpstlichen Nuntius Montagnini. Gleichzeitig wird angekündigt, daß im Verlaufe eines Prozesses gegen den Pater Jouin wegen Verletzung des Trennungsgesetzes, der im Laufe dieses Monats vor dem Zuchtpolizeigericht zur Verhandlung gelangen muß, gewisse Schriftstücke, die in der ehemaligen Nuntiatur beschlagnahmt worden sind, in der Gerichtsverhandlung zur Verlesung gelangen werden. Das sehr umfangreiche Aktenmaterial ist sowohl der Anklage, wie der Verteidigung in seinem ganzen Umfange mitgeteilt worden. Jedoch werden vielleicht diejenigen Schriftstücke, die nicht für den Prozeß Jouin von Interesse sind, der Veröffentlichung entgehen. Die wichtigsten Dokumente betreffen die Tätigkeit, die Montagnini nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan entfaltet haben soll, und zwar hauptsächlich, um die Reise des Königs von Spanien nach Paris zu verhindern. Einzelne Schriftstücke fehlen in der Reihe. Aus gewissen Anzeichen soll aber hervorgehen, daß dies Briefe sind, die an mehrere Persönlichkeiten gerichtet waren. Andere Schriftstücke handeln von Beziehungen zu Parlamentariern, besonders zu einem der vornehmsten Führer der action libérale, und betreffen die Organisation des Widerstandes gegen die Ausführung des Trennungsgesetzes. Eine dritte Gruppe von Schriftstücken betrifft Verhaltensmaßregeln, die Montagnini gewissen Priestern in Paris erteilt hat. Einige von diesen Schriftstücken sollen beweisen, daß zwischen den dem Priester Jouin zur Last gelegten Ausführungen und den von Montagnini erteilten Ratschlägen ein Zusammenhang besteht. Schließlich beziehen sich einige Schriftstücke auf die Einzahlung von Geldern bei gewissen Banken, bezw. auf Finanzoperationen.

Eine römische Depesche der „Köln. Volksztg.“ erklärt die Enthüllungen aus den beschlagnahmten Papieren Montagninis für völlig wahrheitswidrig. Der Briefwechsel des heiligen Stuhls mit einigen Mächten über deren Beziehungen mit Frankreich sei teils frei erfunden, teils tendenziös entstellt. Der heilige Stuhl wiederhole daher seine Warnung, die öffentliche Meinung möge sich nicht irre führen lassen durch die Veröffentlichung von Bruchteilen der Dokumente oder der ganzen Aktenstücke, deren richtige Beurteilung nur nach Kenntnis des ganzen Briefwechsels möglich sei.

Kolonien.

Aus Deutsch-Südwestafrika ließ die „Kolonische Volkszeitung“ sich vor einigen Tagen die Alarmnachricht melden, daß Hauptmann Franke an die von der deutschen Herrschaft bekanntlich noch fast unberührten Dambos den Befehl erlassen habe, ihre sämtlichen Waffen einzuliefern und abzustempeln zu lassen. Ferner sollte das uns treu gebliebene Volk der Rehobother Bastards gezwungen worden sein, sämtliche Waffen abzuliefern. Es wurde sofort lebhafter Zweifel in die Richtigkeit dieser Angaben gesetzt und jetzt findet diese Vermutung Bestätigung durch eine von „zuständiger Stelle“ herrührende Mitteilung im „Hannov. Cour.“, daß in der Kolonialabteilung von einer Entwaffnung nichts bekannt ist. Man hält dort die Nachricht für falsch, während die Aufforderung Frankes an die Dambos für eine absolut zweifellose Ente erklärt wird.

Westfalen und Rheinland.

„Kamen, 5. März. (Was der Landmann vom März sagt.) Nasser März ist für keines Bauern Herz, der der Sonne wehrt, wird wenig begehrt. — Ist's im März zu feucht, wird's Brot im Sommer leicht. — Ist Kungunde (3.) tränen schwer, dann bleibt gar oft die Scheune leer. — Im März ist's Pfund einen Taler wert. — Trockener März, April naß, Mai lustig und von beiden was, bringt Korn in den Sack und Wein in das Faß. — Ist Marien (25.) schön und rein, wird das Jahr sehr fruchtbar sein. — Märzregen zeigen an, daß große Winde ziehn heran. — Märzregen bringt keinen Segen. — Feuchter März der Bauern Schmerz. — Ist's an Mariä schön und hell, gibt's viel Obst auf alle Fall. — Märzblüte ist ohne Güte. — Im März kalt und Sonnenschein, wird eine gute Ernte sein. — Wenn im März viel Winde wehn, wird's im Maien warm und schön. — Märzgrün nennt man lieber nicht schön. — Märzerschnee tut den Säcken weh. — Josef klar, gibt ein gutes Sonjaahr. — So viel im März die Nebel steigen, so viel im Sommer sich Wetter zeigen. — Märzserkel und Märzsohlen alle Bauern haben wollen. — Trockner März und feuchter April tut's dem Landmann seinen Will. — Was der März nicht will, das holt sich der April, was der April nicht mag, das steckt der Mai in den Sack. — Ein schöner Josefsack (19.), das ganze Jahr gut werden mag. — Auf Märzdammer folgt ein fruchtbar Jahr, viel Frost und Regen bringt Gefahr. — Trockene Fassen, gutes Jahr. — Regen zu Anfang oder zu End, der März sein Gift sendt. — Mariächen (25.) pflückt das Licht aus und Michel (29. Sept.) steckt es wieder an. — Zu frühes Säen tut nicht gut, zu spätes Säen auch übel tut. — Auf Märzregen folgt kein Sommerregen. — Wie die vierzig Mitter (9.) das Wetter gestalten, so wird es noch vierzig Tage anhalten.

„Kamen, 5. März. Das diesjährige Kaisermanöver das sich zwischen dem 7. und 10. Armeekorps abspielen wird, wird, wie man aus Münster meldet, eine große Anzahl Neuerungen bringen, auf die von der obersten Heeresleitung ganz besonders Gewicht gelegt wird. Soweit die Bestimmungen der neuen Felddienstordnung P. 3 greifen, sollen sich die Übungen im Rahmen dieser Bestimmungen bewegen, doch soll den höheren Truppenführern Gelegenheit gegeben werden, die Taktik des Gefechts nach der gegenwärtigen Lage selbst auszunutzen, mithin soll ihnen eine gewisse Bewegungsfreiheit nicht verweigert werden. In erster Linie werden an die Marschleistungen der Infanterie-Truppenteile bedeutende Anforderungen gestellt, dann sollen aber auch die Kavallerie-Truppenteile vorzugsweise zum Aufklärungsdienst herangezogen werden und gerade in letzter Beziehung werden in diesem Jahre ganz besondere Auf-

gaben gestellt werden. Nach den Bestimmungen, die bisher erlassen sind, erreichen die Infanterie-Truppenteile das Manövergelände mit der Bahn, während Artillerie und Kavallerie sich zu Fuß dorthin begeben. Die Übungen werden in erster Linie auf Angriff und Verteidigung erstrecken, die ersten beiden Tage wird das verstärkte 7. Armeekorps die Offensive zu ergreifen haben. Bezüglich Mitführens von Bagagen treten die Bestimmungen für Bagagen-, Munitionskolonnen und Train in Tätigkeit, die Bagagen sollen jedoch auf das unerlässliche Maß beschränkt werden. Die Verpflegung erfolgt während des ganzen Manövers aus den Magazinen, es wird vorzugsweise frisches Fleisch geliefert und sollen die Truppenteile besonders in den Bivakts abhocken. Zur Führung der Bagagen die in mehrere Kolonnen eingeteilt werden, werden in erster Linie die Kommandeure der Trainbataillone bestimmt und werden außerdem Generalstabsoffiziere die näheren Direktiven erteilen. Außer den zur Zeit zu den Truppenteilen kommandierten fremdländischen Offizieren werden noch eine Anzahl Offiziere zu den Stäben kommandiert. Diejenigen Offiziere des Großen Generalstabes und der 3. Stütze der Kriegsakademie, welche an den Herbstübungen teilnehmen, werden durchweg anderen als der Waffengattung, der sie angehören, zugeteilt. Bezüglich des Kartenmaterials wird die topographische Abteilung des Großen Generalstabes eine besondere Mandvertarte herausgeben und in mehreren tausend Exemplaren vervielfältigen. Außerdem wird eine besondere Karte über die Belegungsfähigkeit der einzelnen Orte des gesamten Manöver-Terrains hergestellt werden.

! Kamen, 5. März. Der hiesige Turnverein „Eintracht“ feierte in seiner letzten Generalversammlung für die im laufenden Jahre zu feiernden Feste folgende Tage fest: Am 23. Juni Stiftungsfest, am 28. September Rekruten-Abchiedsfeier, am 1. Januar 1908 Winterfranzosen. Die in derselben Versammlung stattgehabte Rechnungslage ergab einen baren Vermögensbestand von 2283,33 Mark. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Turner auf, sich immer recht zahlreich an den Übungen zu beteiligen.

* Kamen, 5. März. (Verschiedenes.) In Mettinghausen fand Sonntag der Delegiertentag der Marine-Vereine von Rheinland und Westfalen statt. In sämtliche Vereine hatten Vertreter entsandt. Einen Hauptpunkt der Beratungen bildete die Besprechung über den in diesem Jahre in Bochum stattfindenden Marineappell, zu welchem Prinz Heinrich erscheinen wird.

(Hebung des Handwerks.) Die Wahrnehmung, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung eine Abneigung besteht, die aus der Schule entlassenen Knaben zur Erlernung eines Gewerkes zu Handwerksmeister in die Lehre zu geben, hat die Regierung zu Minderen veranlaßt, im Interesse des Handwerks eine Verfügung zu erlassen, wonach die Lehrer der ersten Klassen angewiesen werden, durch Belehrung bei sich bietender Gelegenheit im Unterricht und durch persönliche Einwirkung, wenn möglich auch auf die Eltern, auf die Gefahren hinzuweisen, welche die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ohne festes Lehrverhältnis mit sich bringt und andererseits auf die Vorteile, die der Eintritt in die Lehre bei einem tüchtigen Handwerksmeister gewährt. Auch auf die zur Entlassung kommenden Mädchen soll dahin eingewirkt werden, daß diese anstatt Arbeit in Fabriken zu suchen, sich für hauswirtschaftliche Arbeiten in Familien vernähmen.

Die Einführung des Einzelkassens beim Abendmahle scheint sich bald verwirklichen zu sollen. Der evangelische Gesamtkirchen-Vorstand veröffentlicht soeben folgendes: „Der Wunsch, das Einzelkassens im hl. Abendmahle für eine oder einige Zeiten im Jahre einzuführen, ist uns aus verschiedenen Kreisen der Bevölkerung kund geworden. Um aber dem Bedürfnisse entgegenkommen zu können, müssen wir möglichst genau die Zahl derer feststellen, welche die Einrichtung wünschen. Wir bitten daher die betreffenden evangelischen Männer und Frauen, ihre Namen schriftlich an die Pfarren ihrer Gemeinden innerhalb acht Tage gelangen zu lassen.“ — So wird aus Worms berichtet.

(Wettwechsel.) Das Geschäftshaus Weststraße Nr. 13, L'sher dem Schlossermeister Friedr. Frieling gehörig, ging durch Kauf zum Preise von 60.000 Mark in das Eigentum der Witwe Kaufmann H. C. Meermann über.

In einer Verhandlung, die gestern vor dem Dortmunder Schöffengericht stattfand, wurde die namentlich Lehrerverse interessierende Frage erörtert, ob ein Lehrer das Recht hat, einen Schüler, selbst wenn dieser nicht der Klasse des Lehrers angehört, für eine außerhalb der Schule begangene Unart zu züchtigen. In der in Frage stehenden Klage hatte ein Lehrer einen Knaben, der nicht zu seiner Klasse zählte, wegen Verfehls mit einem Stein gezüchtigt. Das Schöffengericht trat der Ansicht des in dieser Frage vernommenen Schulrats bei, der es als selbstverständlich erklärte, daß jeder Lehrer nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, auch einen seiner Klasse nicht angehörenden Schüler für eine begangene Unart zu bestrafen, oder zur Bestrafung zu bringen.

Die älteste Altersrentnerin ist vor einigen Tagen im Alter von 95 Jahren in Elberfeld gestorben. Wie das Amtsblatt der Stadt Elberfeld berichtet, bezog die damals schon 79jährige Frau seit dem 1. Januar 1891, dem Tage des Inkrafttretens des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes, nach Leistung einer Beitragsmarke zu 20 Pfg. eine Altersrente von monatlich 11 Mark 25 Pfennig. Die Frau hatte den Nachweis der für die Anerkennung der Rente vorgeschriebenen Wartezeit von 151 Wochen (Zeit der Beschäftigung in den Jahren 1888, 1889, und 1890) erbracht und war auch nach dem 1. Januar 1891 versicherungspflichtig beschäftigt. Da nach dem Inkrafttreten des Gesetzes 191 Monate verfloßen sind, hatte die Frau 194 mal 11 Mk. 25 Pfg. = 2182 Mark 50 Pfennig an Altersrente bezogen, gewiß eine günstige Verzinsung des eingelegten Kapitals von 20 Pfennig.

? Dortmund, 4. März. (Verschiedenes.) In der Freitag Nacht drangen Einbrecher in das Haus eines Büchsenmachers in Bissenkamp ein und stahlen 12 Revolver sowie eine große Menge Munition. Nachher zündeten sie das Geschäft an. Der Brand wurde durch die Berufswehr gelöscht.

Freitag fand hier abermals eine ausgedehnte Besprechung der Interessenten zur Gründung eines Westfälischen Elektrizitätswerkes statt. Die Versammlung führte dahin, daß die Vertretung und Rentabilitätsberechnungen nochmals von dem Justiziar durchgeprüft und alsdann den betr. Kollegien zur Stellungnahme und Beschlußfassung vorgelegt werden.

! Hagen, 2. März. (Aufopfernde Brudertiebe.) Anfangs November vorigen Jahres erlitt der achtzehnjährige Fabrikarbeiter Ludwig Konrad in Dege bei Delfern einen schweren Unfall. Er geriet so unglücklich zwischen die Schleifsteine, daß von den Beinen Haut und Fleisch abgeschabt wurde, und er in größter Lebensgefahr schwebte. Nach neuester Ansicht der Aerzte wird es aber gelingen, seine Gesundheit wieder völlig herzustellen, falls sich gesunde Ergänzungen für die nicht zuwachsenden Stellen der Beine beschaffen lassen. Dazu hat sich der ältere Bruder Wilhelm sofort bereit erklärt. In vergangener Woche sind ihm nun bei klarem Bewußtsein 13 Stücke Fleisch aus einem Oberschenkel geschnitten und dem kranken Bruder eingelegt worden, wobei dem Opferwilligen nicht einmal ein Schrei des Schmerzes über seine Lippen gekommen sein soll. Gewiß ein seltener Fall von herzlicher Brudertiebe!

? Essen, 4. März. (Vergung eines Verunglückten auf

„Vollverein.“) Nachdem die Rettungsarbeiten auf Schacht 1 und 2 der Zeche Zollverein ununterbrochen, mit vierstündiger Unterbrechung 10 Uhr einen der beiden Versätkelten, und zwar den Bergmann Bär, lebend zu Tage zu fördern. Außer einer unter dem Fleischerlegung am Kopf bei der Gerettete keine Verletzungen auf. Trotzdem er über 48 Stunden lang in der Erde eingeschlossen und ohne Nahrung gewesen ist, befand er sich noch im vollen Besinnungszustand, worauf er seiner in Caternburg wohnenden Frau und sieben unmündigen Kindern bestehende Familie geführt wurde. Wie der Gerettete aussagt, wurden die beiden Versätkelten am Donnerstag Morgen gegen 10 Uhr, als sie von Stempel abstiegen, von plötzlich hereinbrechenden Kohlenmassen verdrängt. Bär hat keine Rettung nur dem Umstande zu verdanken, daß er von mächtigen Kohlenblöcken zwar eingeklemmt, bis auf eine Kopfverletzung aber unverletzt blieb. Um vor nachstürzenden Kohlenblöcken geschützt zu sein, hat Bär vermittelst seiner Sack einen der hineingestiegen. Die Hoffnung, auch den zweiten Verunglückten lebend zu retten, bestätigt sich nicht. Nach der Meinung des Geretteten ist der 27jährige Gischelsky durch die hereinbrechenden Gesteinsmassen sofort erdrückt worden. Mit Rücksicht darauf, daß der zweite Versätkelte tot ist, werden die äußerst schwierigen und gefährlichen Rettungsarbeiten mit größter Vorsicht fortgesetzt.

? Darnen, 2. März. Eine radikale „Selbstmörderin des Alkohols“, die selbst vor lebensgefährlichen Mitteln nicht zurückschreckt, um zu ihrem Ziele zu kommen, ist die Ehefrau des seit 39 Jahren verheiratet ist, ergab sich Anfang der 90er Jahre der Schnapsklasche. Frau Blisch klagte dem Dr. med. von Saiten ihr Leid und dieser verschrieb ihr 30 Gr. Brechweinstein mit der Anweisung, dem Manne „eine Prise“ oder einige Körner in den Schnaps zu schütten. Die Alkoholgegnerin schüttete das Gift, welches nach dem Geseß nur in Maximaldosen von 0,2 Gr. gegeben werden darf, messerspitzenweise in Schnaps, Kaffee oder das Essen. Sie ließ den Zufuß selbst schon von ihren Kindern, Dienstmädchen und Bekannten machen. Die Wirkung war allemal fürchterlich. Der Mann erbrach sich ununterbrochen und erlitt den heftigsten Durchfall, so daß er oft tagelang zu Bett liegen mußte. Die Behörde deckte die Pferdestur endlich auf und stellte die Frau wegen fortgesetzter lebensgefährlicher Mißhandlung ihres Mannes vor die Strafkammer. Sie wurde indessen freigesprochen, weil sie in dem Glauben gewesen sein konnte, daß ihr Mittel nicht gefährlich werden könne. Der Gerichtsarzt verurteilte das Verhalten des Arztes von Saiten und des Apothekers aufs schärfste. Es sei ein Wunder, daß der Mann nicht schweren Schaden an seiner Gesundheit erlitten habe oder gar getötet worden sei. Der Staatsanwalt sowie der Verteidiger hoben hervor, daß der Arzt und Apotheker die Hauptschuldigen seien und energisch herangezogen zu werden verdienten. Wahrscheinlich werden beide nun auch unter Anklage gestellt werden.

? Solingen, 4. März. Unzufriedene Strafen verhängt das Schöffengericht jetzt über die Milchfälscher. So verurteilte es den Ackerer Peter Tappefer von Wald, der seinen Kunden „Vollmilch“ liefert, die nicht weniger als 24 Prozent Wasser enthielt, zu 1300 Mk. Geldstrafe und sah nur deshalb von einer Gefängnisstrafe ab, weil T. noch unbefragt war.

Ein ungetreuer Polizeinspektor.

? Oberhausen, 4. März. Der höchste Exekutivbeamte der Polizei unserer Stadt, Polizeinspektor Weber, soll sich so schwerer Verfehlungen schuldig gemacht haben, daß seine Entlassung aus dem Dienste die notwendige Folge sein dürfte. Hierzu wird allerdings schon folgender Vorfall, durch den Weber sehr arg bloßgestellt wird, genügen. Die Ottilie Krage-Duisburg stahl vor einigen Tagen in dem Goldwarengeschäft von Georg Kuhlmann hier selbst drei Brillanteneinge im Werte von 195 Mark, und kamen bei der Visitation noch in anderen, lokalen geschloßene Sachen zum Vorschein. Die Diebin wurde ordnungsmäßig zur Anzeige gebracht, und ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet. Einige Tage nach dem Diebstahl ging nun ein Brief aus Oberhausen für die Diebin Krage ein, unterzeichnet: Otto Kuhlmann. In diesem Schreiben wurde die Frau um eine Zusammenkunft gebeten, und ihr Vergütungs und Forderungen in Aussicht gestellt. Der Brief aber wurde von dem Vater der Frau geöffnet und Herrn Böhne in Oberhausen übergeben, welcher ihn an Herrn Georg Kuhlmann hier selbst als den vermeintlichen Absender gab. Nach Rücksprache mit Herrn Kommissar Schwinderlauf wurde nun dem unbekannten Absender, da der Name Otto Kuhlmann nur ein fingierter gewesen, die Zusammenkunft schriftlich gewährt. Auch wurde beschloffen, anstelle der Frau ein Fräulein G. zu dem Rendezvous zu entsenden, um festzustellen, wer der Briefschreiber und Fälscher der Unterschrift war. Die Zusammenkunft sollte vormittags am neuen Amtsgericht stattfinden. Erkennungszeichen: ein weißes Taschentuch in der Hand. Buntlich war Fräulein G. an der bezeichneten Stelle, noch früher aber der Briefschreiber, mit dem Erkennungszeichen, welcher in der Person der Fräulein Maria G. die Diebin Krage vermutete. Es war der Polizeinspektor und Amtsanwalt Weber in Person selbst und in Zivil gekleidet. Er gab sich Fräulein G. als den Briefschreiber zu erkennen und fragte: „Sind Sie Fräulein Krage?“ Sie sind doch so ein nettes Mädchen. Sie sollen nicht ins Gefängnis, ich führe Sie hin, wo Sie keine Polizei finden wird.“ usw. Fräulein G. antwortete: „Ja, ich bin Ottilie Krage, sind Sie denn Herr Kuhlmann?“ Weber antwortete: „Nein, dessen Bruder!“ Hierauf ärgerte er sich weiter, daß er ihre — der vermeintlichen Krage — mißglückte Lage bedauerte, in die sie durch den Diebstahl geraten sei, er, Weber, hätte es in seiner Macht, sie, die vermeintliche Krage, aus der unangenehmen Lage zu befreien, damit ihr die Polizei nichts mehr anhaben könne. Da er, Weber, aber hier zu bekannt sei, solle sie, die Krage, mit ihm nach Düsseldorf fahren, um da weiter zu verhandeln und zu veranlassen; erst dort könne er weitere Auskünfte geben. Herr Weber bot Fräulein G., der vermeintlichen Krage, auch 5 Mk. zur Reise an, was diese aber ablehnte. Später wurde Weber von der Frau Georg Kuhlmann im Beisein der Fräulein G. über sein Verhalten zur Rede gestellt. Er hatte zuerst die Stirn, die Begegnung und die Autorschaft des Briefes abzuleugnen, fand es damals gut, in einem an Herrn Georg Kuhlmann gerichteten Schreiben sein Benehmen als Amtshandlung (!) hinzustellen und verlangte im Anschluß daran die Anklieferung des von ihm an die Krage gerichteten Schreibens von Herrn Polizeikommissar Schwinderlauf. Das geschah aber nicht. Die Strafanzeige gegen Weber liegt nunmehr auch der Staatsanwaltschaft vor. Vorstehendes wird bewiesen durch das Zeugnis 1. der Ehefrau Kuhlmann, Fräulein G. und Polizeikommissar Schwinderlauf, alle aus Oberhausen. Im übrigen sollen dem Polizeinspektor auch noch andere Verfehlungen im Amte nachgewiesen sein. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, ist die Disziplinaruntersuchung gegen Weber eingeleitet. W. ist 42 Jahre alt und 8 Jahre hier im Dienste. Die unliebsame Affäre dürfte kein geringes Aufsehen erregen. Bisher hat schon einmal das Ansehen unserer Polizei unter einem Polizei-Inspektor, der seines Amtes nicht würdig war, gelitten. Das ist dies jetzt wiederholt, ist tief bedauerlich.

Glückbach, 4. März. (Großer Diebstahl.) In der Freitag Nacht wurde in dem Uhrenwarengeschäft von Peter Ratzel ein großer Uhrendiebstahl ausgeführt. Die Spieghelbrennerei eine große Schraubenwerkstätte mit Seife und erlitten die- selbe ein. Nachdem sie noch eine kleinere Scheibe zertrümmert hatten, raubten sie 70 goldene und silberne Damen- und Herrenuhren nebst Ketten im Werte von ca. 8000 Mk. Als Täter vermutet wird ein Mann, der am Abend vorher im braunen Ueberzieher in den Laden trat und das Arbeitsfeld untersuchte. Er erkundigte sich nach dem Preise einer Küchenuhr, sah sich auffallend viel um und ver- schwand dann, ohne sich zu verabschieden. In letzter Zeit haben hier die nächtlichen Einbrüche überhaupt stark zugenommen. Es scheint sich in allen diesen Fällen um dieselben Täter zu handeln.

Köln, 2. März. (Hoffnungsvolle Jugend.) Die Kriminal- polizei ermittelte zwei 13jährige Mädchen, die in den letzten Tagen eine Reihe von Diebstählen ausgeführt haben. Die beiden Mädchen boten in Häusern Briefpapier feil. Sie stahlen dann bei dieser Gelegenheit, was sie kriegen konnten. Gewöhnlich blieb eines der Mädchen unten im Hausflur stehen, während das andere sich auf die obere Etage begab. Soweit die Kriminalpolizei bis jetzt fest- stellen konnte, haben die beiden Mädchen in einem Hause auf dem Blaubach einen Belz i. W. von über 100 Mk., eine Damen- uhr ein Portemonnaie mit Geld und u. a. in einem Hause in der Schildergasse zwei Kleider und einen Ueberzieher gestohlen. Die Beute haben die Kinder in Mischbäckergeschäften oder bei Pfand- vermittlein verkauft und das Geld dafür angeblich vernascht. Die beiden noch schulpflichtigen Mädchen sind Kinder zweier in der Nähe der Severinsstraße wohnenden Arbeiterfamilien.

Köln, 2. März. (Neubau der Kölner Rheinbrücke.) Zwischen der Verwaltung der Stadt Köln und den Ministerien der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen ist in den letzten Tagen ein Abkommen getroffen worden, das den vollständigen Um- und Neubau der festen Rheinbrücke in Köln betrifft. Die eingehenden Prü- fungen haben ergeben, daß es notwendig ist, diesen Rheinübergang sowohl für den Eisenbahn-, wie für den Personenverkehr zu verbrei- tern, und die weiteren Erweiterungen haben zu dem Plan geführt, den heutigen Brückenbau durch einen ganz neuen zu ersetzen. Die zu- künftige Brücke soll auf zwei, nahe dem Ufer zu errichtenden Pfeilern als Bogenbrücke hergestellt werden und Raum bieten für die Ueberfö- rung von vier Schienensträngen, und ferner für einen Ueber- gang von 16 Meter Breite für Personen, Wagen und Stra- ßenbahnen. Sie wird damit das größte Brückenbauwerk dieser Art in Deutschland. Die zukünftige Eisenbahnbrücke soll ganz aus Kosten des Eisenbahnsystems hergestellt werden, während die Stadt Köln zu der Verbreiterung der Brücke für Personen-, Wagen- und Straßenbahnverkehr einen Beitrag von 2138 000 Mark leisten muß. Der Eisenbahnsystem beabsichtigt, mit der ganzen Anlage mög- lichst bald zu beginnen, so daß es möglich ist, daß diese großartigen Änderungen der Kölner Brückenverhältnisse in etwa fünf bis sechs Jahren vollendet sein können.

Köln, 2. März. (Bombenfund auf der Eisenbahnstrecke.) Einer Meldung des Grenz-Geschos zufolge fand der Streckenwärter Charlier neben dem Gleise der Eisenbahn nach Verviers eine Bombe, die mit Sprengstoffen gefüllt und einem Uhrwerk versehen war. Die Eisenbahnbehörde schaffte den unheimlichen Fund fort und verhängte alsbald die Staatsanwaltschaft davon. Augenscheinlich war es auf ein Attentat auf den durchgehenden internationalen Schnellzug abgesehen.

Die Münchener Mordaffäre.

Zur Auffindung der Leiche des ermordeten Hendrich in Mün- chen wird im Anschluß an unsere bisherigen Meldungen weiter be- richtet:

Der als Zeuge aufgetretene frühere Birkusmaschinist Meier hat ausgesagt, daß ihn Niederhofer, nachdem er das Loch beim Elefantentplatz im Birkus gegraben hatte, in einem Nebengelaß des Maschinenhauses eingeschlossen habe und dort arbeiten ließ. Während dieser Zeit will Meier zwei bis drei Schüsse ge- hört, sonst aber keinen Laut vernommen haben. Er glaube, Niederhofer habe, wie schon öfters, einen Hund erschossen. Nach einiger Zeit kam Niederhofer, entschuldigte sich, daß er den Meier aus Versehen eingeschlossen habe, und trug ihm auf, die zuvor gegrabene Grube wieder ganz zuzuschütten. Sie war aber bereits zu drei Vierteln aufgefüllt; oben auf lagen Ziegelsteine, und der Haß war noch bemerkbar. Meier will tatsächlich an das Ver- graben einer Hundeleiche geglaubt haben. Als Niederhofer bei der Nachgrabungen am kritischen Punkte stehen bleiben sollte, hat er, weggeführt zu werden, weil er krank sei. Er mußte jedoch aufstehen, wie Erid für Erid des Skeletts aus der Grube ge- nommen wurde. Die Skeletteile wurden an Ort und Stelle photo- graphiert und dann in eine Kiste gelegt, um in die Anato- mie transportiert zu werden, wo sie zunächst genau auf etwaige Schuß- oder Stiebverletzungen zu kontrollieren sind, die möglicherweise auch am Skelett sich bemerkbar machen. Noch am Tatorte hat er auf die Frage des Untersuchungsrichters, ob er seine Haftbeschwerde aufrecht erhalte, mit einem bedrückten Ja geant- wortet, ein Geständnis bisher, wie neuerdings verlautet, noch nicht abgelegt, seine Angaben über den Zweck der Grube im Birkus jedoch bereits mehrmals gewechselt. Auch ohne die Auffindung der Leiche- reste des Hendrich hatten sich die Verdachtsmomente gegen Nieder- hofers schon stark erweitert. Schwerwiegende Belastungsgründe sind es zum Beispiel, daß Niederhofer sich, wie jetzt bekannt wird, gegen eine Reihe von Personen dahin geäußert hat, er wisse es bestimmt, daß Hendrich nie wieder zum Vorschein kommen würde. Unmittelbar nach Auffindung der Ueberreste des Hendrich wurde die Geliebte des Niederhofer, die Modistin und Kaffiererin Koch, in München verhaftet. — Ueber das Verhalten des Gläubigersagenten Groß wird mitgeteilt, daß es auffällig gewesen sei, wie sich Groß nach der Abreise von München im Besitze reichlicher Mittel befunden hätte, über deren Herkunft sich sonst Eingeweihte keine Erklärung geben konnten; als merk- würdiger Zufall erscheine es, daß die reicheren Geldmittel erst nach dem Verschwinden des Hendrichs bei Groß bemerkt wurden. Groß soll auch bei dem Verkauf der Brillanttringe des Hendrichs durch Niederhofer beteiligt gewesen sein.

Vom Gesundbeten ins Irrenhaus.

Tragödie einer Familie.

Lange Jahre hindurch hat man von den Auswüchsen des Ge- sundbeters in Berlin nichts gehört. Als vor einigen Jahren gewisse Vorkommnisse in Gesundbeterkreisen, namentlich aus der Hofgesellschaft, bekannt wurden, entstand ein Sturm der Entrüstung, daß ein der- artiger Sotuspotus gerade in Berlin getrieben werden konnte. Und auf direkten Wunsch des Kaisers erließ kaiserliche Polizei-Präsident strenge Warnungen gegen die Gesundbeter. Inzwischen scheinen diese aber wieder Boden gefaßt zu haben, denn auf ihr Konto kommt ein erschütterndes Familiendrama, wie es die Berliner Chronik wohl noch nicht aufzuweisen hat. In der Freitag Nacht wurde in der Reichs- bergerstraße 138 die ganze Familie des Oberzahlmeisters M. Sagave vom dritten Garderegiment vom religiösen Wahn-

sinn befallen. Nach einem harten Kampfe mit Schulkanten und Hausbewohnern konnte sie überwältigt und zunächst nach der Charitee gebracht werden. Folgende Einzelheiten werden über die seltsame Tragödie mitgeteilt:

Der Oberzahlmeister Sagave bewohnt mit seiner Frau und vier Kindern im Alter von 18 bis 24 Jahren eine Vorder- wohnung in der ersten Etage des Hauses Reichsbergerstraße 138. Sagave war seit längerer Zeit krank und dienstunfähig. Frau und Kinder hatten sich in der letzten Zeit dem Gesund beten und dem Spiritismus zugewandt und erst am Sonntag einer Gesundbeter- scheinung beigewohnt. Seit dieser Zeit hatten sie religiöse Bisto- nen, die sich von Tag zu Tag steigerten. Freitag mittag fingen sie an zu toben. Der kranke Vater sah diesem Treiben mit Besorg- nis zu, glaubte aber, daß der Schlaf wieder beruhigend wirken werde. Er reichte deshalb allen zu, sich rechtzeitig zu Bett zu legen, was denn auch kurz vor 10 Uhr geschah. Bald darauf sprangen jedoch Frau und Kinder wieder auf, und fielen nun über den im Bett liegenden Vater her, den sie mit Gewalt zur Ruhe zwingen wollten. Es begann ein lautes Ringen und Toben in den Zimmern, daß die übrigen Mieter erwachten. Draußen sam- melten sich Menschen an, die vernahmen, wie die wahnsinnig ge- wordenen Leute einen förmlichen Krieg mit dem Teufel, den sie hundertfach in den Zimmern zu sehen glaubten, führten. Sämt- liche Stühle, Tische und andere Möbel wurden zer- trümmert und, mit Stuhlbeinen bewaffnet, sochten die Leute in der Luft herum, schlugen Bilder vom den Wänden und ver- brannten sie im Ofen. Die Frau trieb es am ärgsten. Sie warf seidene Blusen und andere Kleidungsstücke ins Feuer, mur- melte dabei religiöse Sprüche. Frau und Kind schrien un- unterbrochen das Vaterunser und schlugen hin und wieder auf den kranken Vater ein.

Die Hausmieter versuchten in die Wohnung der Wahnsinnigen zu gelangen, aber immer ohne Erfolg. Nur ein der Familie befreundeter junger Mann aus dem Hause verschaffte sich mit List Eingang und rettete den aus vielen Wunden blutenden Oberzahlmeister gegen 2 Uhr früh durch eine Hintertür. Er machte dann auf der nächsten Polizeiwache Meldung von den Vorgängen, fand aber nicht gleich die nötige Unterstützung. Inzwischen ging das Fortschreiten der Wohnung weiter. Der älteste 24jährige Sohn hatte wohl noch am längsten klaren Verstand, denn er benachrich- tigte in Eile den in der Nähe wohnenden Bräutigam seiner Schwester. Kaum hatte er aber nach seiner Rückkehr die Wohnung wieder betreten, als auch bei ihm der Wahnsinn zum Aus-bruch kam. Schließlich machte die Frau Anstalten, nur mit dem Hemd bekleidet, vom Erker hinab auf die Straße zu sprin- gen. Mit ausgebreiteten Armen rief die Frau: „Es ist voll- bracht!“ Jetzt wurde die Feuerwehr benachrichtigt, die bei ihrem Eintreffen sofort ein Sprungtuch ausspannte. In diesem Augenblick hatten aber auch Schulkanten und Hausbewohner die Ein- gangstür geprügelt und sich der Wahnsinnigen bemächtigt. Die Wohnung mit der gesamten Einrichtung glück einem Trümmern- haufen. Der Kreisarzt erklärte die Familie für gemeingefähr- lich geisteskrank. Die unglücklichen Personen wurden überwäl- tigt und dann völlig erschöpft nach der Charitee und von da nach Herzberge geschafft. Die Frau verfiel schließlich in heftige Krämpfe.

Es ist kein Skandal, daß sich in Berlin noch immer Kreise von bigotten Frauen und besonders von alten Jungfern finden, die das Gesundbeten wie eine Seuche verbreiten. Mit der ganzen Sekte sollte endlich kurzer Prozeß gemacht werden.

Bermischtes.

— **Der französische Kreuzer „Jean Bart“**, der, wie erinnerlich, kürzlich bei der Insel Pedro gestrandet ist und den man zuerst noch retten zu können hoffte, ist völlig verloren. Wie Marineminister Thomson im fran- zösischen Ministerrat mitteilte, ist er auseinandergebro- chen und stehen verschiedene Abteilungen unter Wasser. Der Minister fügte hinzu, die Besatzung werde auf die verschiedenen, zur Hilfeleistung bei dem Kreuzer befind- lichen Schiffe untergebracht werden. Die Untersuchung über die Ursache der Strandung ist eingeleitet.

— **Ein politisches Attentat** wird aus Montpellier gemeldet. Gegen den gemäßigt-republikanischen Kammerkandidaten Pierre Leroy-Beaulieu, dessen Mandat vor mehreren Monaten für ungültig erklärt worden war, und der sich von neuem um ein Mandat bewirbt, wurden Donnerstag nacht, als er aus einer in einem Dorfe abgehaltenen Wählerversammlung im Wa- gen zurückkehrte, mehrere Revolverschüsse abge- feuert. Eine Kugel verschmetterte ihm den Vor- derarm. Die Angreifer entflohen.

— **Der König von Siam, Chulalongkorn I.**, will wieder einmal eine Rundfahrt durch Europa unternehmen. Er trifft Anfang April in San Remo ein und fährt nach Paris, dann nach London, Kopen- hagen, Berlin und Wien.

— **Offizier-Selbstmord.** Freitag vormittag stürzte sich in der Berliner Augenklinik des Geh. Medizinal- rates Prof. Dr. Schöler in der Karlstraße der 23jährige Leutnant Frhr. v. d. Borch aus einem Fenster des zweiten Stockwerks auf die Straße, wo er bewußtlos liegen blieb. Er ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Der junge Offizier befand sich seit etwa 5 Wochen wegen eines Augenleidens in der Anstalt. Ver- schiedene Umstände deuten darauf hin, daß er auch an Nervenerregung litt.

— **30 Bergarbeiter verunglückt.** Durch eine in der Kohlengrube in Holben (Amerika) stattgefundenen Ex- plosion wurden 30 Bergarbeiter getötet oder schwer verletzt. Bis jetzt sind 4 Leichen und 8 Schwerverletzte zu Tage gefördert.

— **Ueber eine wichtige Erfindung** wird aus Paris telegraphiert. Der dortige Professor der Physiologie Gre- haut hat eine Vorrichtung erfunden, mittels welcher, wie es heißt, die Unwesenheit kleinster Mengen schlagender Wetter in der Luft bis zu 1/2 Prozent herab festgestellt werden kann.

— **Die Not der Universität** hat aus Anlaß ihrer Jahresfeier den früheren Reichstagsabg. Geh. Finanzrat Büsing zum Ehren-Doktor ernannt.

— **Automobilunfall der Gräfin Montignoso.** Als die Gräfin Montignoso mit der Prinzessin Monika, einer Gesellschaftsdame, der Gräfin Hugo und einem Chauffeur im Automobil bei Florenz die Hügelstraße (Viale dei Colli) nach der Stadt herabfuhr, stieß das Auto- mobil mit großer Gewalt gegen einen Baum. Das Fahr- werk wurde stark beschädigt und einige 20 Meter zurück-

geschleudert. Sämtliche Insassen erlitten Ver- letzungen. Die der Gräfin Montignoso, der Prinzessin Monika, der Gräfin Hugo und der Gesellschaftsdame sind leichterem Art, während der Chauffeur erheblich im Gesicht, an den Schultern und Beinen verletzt wurde.

Neueste Nachrichten
(W. Continental-Telegraphen-Kompagnie [Wolffs Bureau]. H. Sirch's Telegraphisches Bureau; E. Privatmeldungen.)
Zwei Flottenvereins-Erklärungen.

W. Berlin, 4. März. Der Präsident des deutschen Flottenvereins Fürst Salm erläßt eine Erklärung, worin es heißt: Weder die Vereinsleitung noch, soweit ich un- terrichtet bin, einer der Verbände hat nach Auflösung des Reichstags Wahltagitation getrieben. Was von Mit- gliedern des Vereins, die dafür wirkten, daß eine mög- lichst große Zahl nationaler Kandidaten gewählt werde, während der Wahlzeit gesagt und geschrieben wurde, ist nicht im Namen oder Auftrag des Vereins geschehen. Unwahr ist auch, daß der Verein konfessionelle Hege ge- trieben und gegen seine Satzungen oder seinen Charak- ter als nichtpolitischer Verein verstoßen hat.

Gleichzeitig erläßt die Präsidialgeschäftsstelle des deut- schen Flottenvereins eine längere Erklärung an seine Zweig- stellen, worin es heißt: Seit mehreren Jahren seien zwei Brüder Oskar und Erich Janke als Registraturhülfs- beamte angestellt gewesen; Erich sei Ende 1906 ausge- treten, Oskar geblieben. Als der Briefdiebstahl ent- deckt war, zeigte Oskar Janke sich derart betroffen, daß ihm die Tat auf den Kopf zugesagt wurde. Er entfernte sich alsbald vom Bureau und kam nicht wieder. Ermitt- lungen ergaben, daß von den unter Oskars Verwah- rung stehenden Briefe mehrere entwendet worden sind. Andere Personen kämen als Täter nicht in Betracht. Die Erklärung sagt weiter: Als im eingeleiteten Straf- verfahren O. Jankes Vernehmung erfolgen sollte, stellte sich heraus, daß er inzwischen im katholischen St. Jo- sephsinstitut zu Maltebrügge bei Gent untergebracht war. Seinen während seiner Stellung stattgehabten Glaubens- wechsel verheimlicht er, auch auf Befragen. Ein am Tage nach der Diebstahlsentdeckung in Jankes Gegenwart statt- gehabtes Gespräch wurde dem Bayerischen Kurier, wenn auch entstellt, hinterbracht. Das kann nur direkt oder indirekt durch ihn geschehen sein. Das Blatt habe, sagt Erklärung, daher nachweislich noch nach dem Diebstahl mit Janke direkte oder indirekte Beziehungen unterhalten.

H. Trier, 4. März. Die Diebe, welche kürzlich in der hiesigen St. Pauluskirche die kostbare Monstranz ge- stohlen haben, sind in der Person des Kellners Mertens und des Monteurs Mösters festgestellt. Der erste ist be- reits im Koblenzer Postgebäude verhaftet.

W. Petersburg, 4. März. Heute früh umzingelten 1500 Polizisten das Polytechnikum und nahmen in den Studentenwohnungen Hausdurchsuchungen vor. Dynamit, Hand- granaten und Phlegmin wurden entdeckt. 15 der Stu- dentschaft nicht angehörende Personen wurden ver- haftet, darunter mehrere Frauen.

W. New-York, 4. März. In Homestead, 2 Meilen von Newyork, explodierten 1000 Pfd. Dynamit, welches für den Tunnelbau bestimmt waren. Da die Wirkung der Explosion in Newyork deutlich verspürt wurde, bemäch- tigte sich der Einwohner eine Panik. Man glaubte, die Stadt werde von einem Erdbeben heimgesucht.

Westfalen und Rheinland.

Weitere Nachrichten

Kamen, 5. März. (Verhaftung.) Am Sonntag Abend ver- haftete die hiesige Polizei einen von Magdeburg aus wegen Unter- schlagung von 5000 Mark flüchtig verfolgten Kaufmann. In dem Besitz des Ausreißers fanden sich ca. 800 Mark vor.

Standesamt Peltum.
Vom 1. bis 15. Februar 1907.

Verheiratete: Bergm. A. Krüger u. Johanna Neumann, Ober- berge. Maurer Joh. Kimmel u. Katharina Kapfars, Peltum u. Her- ringen. Schlosser R. Brand u. Elisabeth Krämer Wiescherhöfen u. Freiste.

Geborene: Ein Sohn den Nachbenannten: Bahnwärter S. Ködler, Wiescherhöfen. Köter L. Krämer, Herringen. Lehrer S. Kai- ser, Wiescherhöfen. Schreiner W. Bünnemann, Rünthe. — Eine To-chter den Nachbenannten: Bahnarb. R. Sander, Herringen. Bergm. Joh. Reh, Rünthe. Bergm. G. Vincus, Rünthe. Bergm. W. Büß- mann, Sandbochum. Bäcker S. Kempf, Rünthe. Bergm. Joh. Ko- walewsky, Rünthe. Bergm. S. Kuhn, Oberberge. Bergm. S. Völter, Rünthe. Schneiderm. S. Küper, Peltum. (Zwillinge).

Gestorbene: Ehefrau Josephine Rommeswinkel, zu Haus Red, 51 J. S. Biermann, Sandbochum, 14 J. Elisabeth Rapp, Peltum, 1 J. A. Schiller, Peltum, 2 J. S. Holsträter, Wiescherhöfen, 8 J. Elisabeth Duseit, Rünthe, 1 J. Wilhelmine Küper, Peltum, 8 J. Caroline Küper, Peltum, 8 J. Margarete Springer, Peltum, 7 J. Außerdem zwei Totgeburten.

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei & leiden nicht an Verdauungs- störung.

**Klefskes**
Kindermehl

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe etc.

7894

447

Verantwortl. Redakteur Fr. Meyer, Kamen.
Fernsprecher der Kamen. Zeitung Nr. 14. Kamen.

Bekanntmachung.

Die trigonometrischen Punkte der Landesaufnahme bilden die Grundlage der allgemeinen Landesvermessung, ihre Erhaltung ist daher von besonderem öffentlichen Interesse. Zur Sicherung des den trigonometrischen Punkt kennzeichnenden Marksteines ist seitens des Staates eine kreisförmige Bodenfläche von zwei Quadratmeter Flächinhalt, deren Umfangslinie nach allen Richtungen hin 79 Zentimeter vom Mittelpunkt des Marksteines entfernt ist, erworben worden.

Bei der Beackerung u. s. w. des angrenzenden, im Eigentum des Grundeigentümers befindlichen Bodens darf die Umfangslinie dieser kreisförmigen Bodenfläche vom Pfluge usw. nicht berührt werden.

Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach § 370 des Reichs-Straf-Gesetzbuches, mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. bestraft. Die Beschädigung, Verrückung und Entfernung der Marksteine und der etwa darüber befindlichen Holzgerüste fällt unter § 304 des Reichs-Straf-Gesetzbuches und wird mit Geldstrafe bis 1500 Mk. oder mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft.

Das Feld- und Forstschutzpersonal ist angewiesen, die Marksteine und deren Schutzflächen zu bewachen und etwaige Zuwiderhandlungen gegen die obigen Bestimmungen sofort zur Anzeige zu bringen.

Die Herren Lehrer werden ersucht die Schulkinder auf die Bedeutung der Marksteine und auf die Folgen einer Beschädigung derselben hinzuweisen.

Kamen, den 26. Februar 1907.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Bekanntmachung.

Wir haben Veranlassung, die §§ 261 und 301 des Feld- und Forst-Polizei-Gesetzes zur Beachtung in Erinnerung zu bringen, wonach mit Geldstrafe bis 50 bzw. 150 Mark oder mit Haft derjenige bestraft wird, wer unbefugt Steine, Scherben, Schutt oder Unrat auf Grundstücke wirft oder in dieselben bringt, fremde Privatwege oder deren Zubehörungen beschädigt oder verunreinigt oder ihre Benutzung in anderer Weise erschwert.

Inbesondere wird von vielen Gartenanliegern beim Reinigen der Gärten Unkraut usw. auf die Fuß- und Feldwege geworfen.

Wir werden im Betretungsfalle die Kontravenienten nicht nur unnachlässiglich zur Bestrafung bringen, sondern auch die Beseitigung der Uebelstände fordern.

Kamen, den 26. Februar 1907.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Bekanntmachung.

In den hiesigen Feldmarken wird besonders im Frühjahr, Herbst und Winter der Fang einheimischer Singvögel betrieben. Wir warnen hiermit ausdrücklich vor dem Fangen derselben und bemerken, daß wir unsere Polizeiorgane erneut darauf hingewiesen haben, ihr Augenmerk diesen Uebergriffen zuzuwenden. Das Publikum bitten wir, die Beamten in diesem Bestreben zu unterstützen.

Kamen, den 23. Februar 1907.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Königliche Vereinigte Maschinenbauschulen zu Dortmund.

Am 3. April 1907 beginnen die neuen Lehrlurse. Die Anmeldungen sind möglichst frühzeitig zu bewirken.

Abteilung I: Höhere Maschinenbauschule für Maschinen- und Elektrotechniker. Zweijähriger Kursus. Jährliches Schulgeld 150 Mk.

Abteilung II: Maschinenbauschule für künftige Betriebsbeamte, Zeichner und Gewerbetreibende. Zweijähriger Kursus. Jährliches Schulgeld 60 Mk.

Abteilung III: Abend- und Sonntagschule mit Fachunterricht. Für die theoretische Ausbildung der Gehilfen und Lehrlinge. Unterricht an vier Abenden der Woche von 8-9 3/4 Uhr und am Sonntag Morgen.

Programme kostenfrei durch

Die Direktion.

Bester Magenliqueur
Diätetisches Genußmittel.

Prämiiert: London 1862, Dublin 1865,
Paris 1867, Wien 1873, Bremen 1874,
Amsterdam 1883, Boston 1883, London
1884, Antwerpen 1885, Köln 1889,
Norden 1894.



Greve-Stirnberg
allein ächter Magenbitter
Alter Schwede.

Dieser von Ph. Greve-Stirnberg in Bonn erfundene und seit 1859 als Spezialität eingeführte Magenbitter „Alter Schwede“ — von ärztlichen Autoritäten und Chemikern begutachtet — sollte in keiner Familie fehlen.
* Zu haben in den meisten Restaurationen, Colonialwaren- und Delicatessen-Geschäften.



Wohnungs- und Stellen-Angebote
Wohnungs- und Stellen-Gesuche
Familien-Ereignisse
Verkäufe und Bekanntmachungen

inserieren Sie am vorteilhaftesten und wirksamsten in der

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umg. end,

weil dieselbe in jeder Familie gelesen wird.

Wer

beteiligt sich an einem äußerst gewinnbringenden Unternehmen mit einer Einlage von 25-30000 Mark? Mitarbeit ist nicht erforderlich. Es wird für eine 10 prozentige Verzinsung garantiert. Schriftliche Angebote beförd. die Geschäftsstelle d. Btg. *269

Auf Abbruch!

Ein gut erhaltenes Stallgebäude nebst Abortanlage

billig abzugeben.

1286

Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Btg. Blattes.

Heinrich Lanz, Mannheim.

Weltausstellung Paris 1900

Vizepräsident des Preisgerichts Classe 19

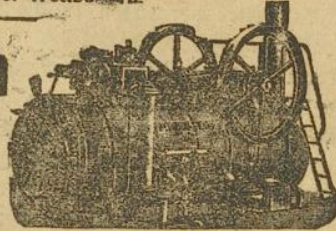
(Dampfmaschinen, Lokomobile, Kessel)

daher ausser Wettbewer.

Lokomobilen

von 4-300

Pferdekraften.



Ueber 10000 Stück verkauft.

Gleicher Absatz von keiner anderen Fabrik Deutschlands erreicht!

Filiale in Köln a. Rh., Hohenstaufenring 29.

Große Auswahl

in

Porzellan- und Glaswaren,

als

Kaffee- u. Thee-Service,
Fleisch- und Gemüse-
schüsseln,
Bier- und Vikor-Service
u. u.

vorrätig bei

J. Brombach, Kamen.



Die Erfahrung hat gelehrt

dass der
echte Auer-
Glühstrumpf

DEGEA

unerreicht an Leucht-
kraft und Haltbarkeit ist.

Nur echt bei den Gasanstal-
ten sowie den einschlägigen
Geschäften, welche durch
unser Plakat mit dem roten
Auer-Löwen kenntlich sind.

Deutsche Gasglühlicht
Aktiengesellschaft
(Auer-Gesellschaft) Berlin

Krewel's Sanguinalpillen

Preis per Flacon Rm. 2.00.

Tausendfach erprobt als hervorragend
durch schnelle u. nachhaltige Wirkung bei

**Bleichsucht, Blutarmut,
Nervenleiden und Schwächezuständen.**

Wenn in einer Apotheke nicht erhältlich, wird Zusendung besorgt durch die
Chemische Fabrik Krewel & Co. G. m. b. H., Köln a. Rh.

Bestandteile: Natürliche Blutsalze 46, Pept. Muskelalbumin 44, Haemoglobin 10



Gesichtsausschlage

Befehligt mit über-
raschendem Erfolge
Obermeyer's Herba-Seife
In hab. in allen Apoth., Drog. u. Parf. per Stück 50 Pfg. u. 1 Mk.

Holz-Verkauf

Haus Velmede.

Mittwoch den 6. ds. Mts.
vormittags 10 Uhr,

soll im Forstdistrikt Beckinfrod

60 Raummeter Fichten- und

Kiefernstangen zu Leichtbauholz

Gerüststangen und Brettlungen;

50 Raummtr. Eichenstangen

zu Brandholz und Heckenpfehlen

nummerweise meistbietend verkauft werden.

Löddinghausen, den 1. März 1907.

Blödom,

Saison 1907!

Fahrräder

für

Herren u. Damen.



Reichhaltige Auswahl, nur erstklassige Fabrikate
in jeder Preislage.

Vorteilhafter als bei Bezug v. Versandgeschäften.

Grosses Lager in Zubehörtteilen

als:

Laternen, Glocken, Laufdecken,
Schläuche, Calcium-Carbit u.

Reparaturen jeder Art.

Emaillieren prompt und billig. Vernickeln

Bitte meine Schaufenster zu beachten.

C. Müller, Kamen, Weststr.

**Speise-
kartoffeln**

(Magnum bonum)

wieder vorrätig.

C. Römer,

283

Weststraße 23.

Um **Stoffe**

vor Regenflecken und Ein-
laufen zu schützen, empfiehlt
sich zum Dekatieren
Färberei Gallusche,
Waschanstalt.

645 Weststraße 88.

Wasche mit

LUHNS

wäscht am besten

90

Habe in meinem Garten

Gift

1290

gelegt.
Ww. Brüggemann,
Südenfeldmark Nr. 10.

Warnung!

In meinem Garten habe ich
Gift

*277

gelegt.
Heinrich Meermann,
Westf. Heide Nr. 57, am Telgei.

Bei Kauf

oder

Beteiligung

größte

Vorsicht!

Wirklich reelle Angebote veräußerlicher
hiesiger u. auswärtiger Geschäfte, Gewerbe-
betriebe, Zins-, Geschäfts-, Fabrikgrund-
stücke, Güter, Villen etc. und Teilhaber-
gesuche jeder Art finden Sie in meiner
reichhaltigen Offertenliste, die jedermann
bei näherer Angabe des Wunsches voll-
kommen kostenlos zusende. Bin kein
Agent, nehme von keiner Seite Provision.
Köln a. Rh. 1907
E. Kommen nachl. Kreuzgasse 8, 1.

Am Sonntag den 10.

März findet bei mir



BALL

und

Kölischer

auszuwählen

statt.

Ww. Keitmann,

287i Lerche.

Lehrerin sucht zum 1. April

Wohnung

mit voller Pension, ev. nur mit
Morgentee in besserem Hause.

Offerten unter Nr. 100 an
die Geschäftsstelle dieses Blattes
erbeten. 1289

Zum 1. April oder früher

suche gut empfohlenes

Dienstmädchen

für häusliche Arbeiten. 2889

Frau Buchhändler Stellen

Dortmund, Hoher Wall 33.

Meldungen parterre.

Marktpreise.

Neu, den 4. März 1907.

Produktions-
preise.

Beizen 100 Kilo 18,50 17,50

Hoggen " " 16,80 15,80

Safer " " 17,20 16,20

Müßel in Partien v. 100 Str. 100 67,00

do. saßweise gereinigtes Del " 71,00

Auel (Müßel) " 73,00

Map " 27,50

Müßelchen 1000 28,50

in Klein. Partien 123,-

Walchensstroh 500 126,-

Flegelbruch 18,-

Heu 20,-

Querner Heu 50 3,-

Querner Heu 50 Kilo 3,40

Kartoffeln 4,-

Butter 1 " 2,50

Druck u. Verlag von G. Man in

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Frombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 28.

Dienstag den 5. März 1907.

35. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

In fortgesetzter Beratung des Etats stellte am Freitag Konteradmiral Kapelle die durch die Presse gegangene Nachricht richtig, daß Marineoffizieren und Ordonnanzen zum Flottenverein während der Wahlkampagne abkommandiert waren. Es sei vielmehr nur richtig, daß einige Leute sich in ihrer freien Zeit einen Nebenverdienst verschafften. Sobald der Staatssekretär hiervon Kenntnis erhielt, untersagte er ihnen die Beschäftigung.

Fürst Hatzfeld (Npt.) führt aus, im Vergleiche zu früheren Jahren nähmen die Parteifragen im Reichstag einen weiten Raum ein. Alle Parteien kündigten bei dem Wahlkampf mehr oder weniger. (Sehr richtig?) Das Volk hat kein Interesse daran, daß stundenlang hier Parteireden gehalten werden; es verlangt positive Arbeit. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sollen wir positiv arbeiten, dann müssen wir in der Mehrheit zusammenhalten, die den Präsidenten stellte; deshalb bedauere er die Ausführungen Gampfs, der auf ein Zusammengehen mit dem Zentrum rechnete. — Abg. Semler (Natl.) erklärt, wenn der Abg. Gröber nachzuweisen versucht, daß das Zentrum ungeschwächt hierher zurückkehre, so klang trotz allen Humors ein elegischer Unterton heraus. So harmlos war die Haltung des Zentrums vor der Reichstagsauflösung denn doch nicht. In den damaligen Anträgen konzentrierte sich eine grundsätzliche Veränderung des Kolonialsystems resp. der Preisgabe von Südwestafrika, deshalb warnte der Reichskanzler vor diesen Anträgen. Was Gröber in unserer Haltung „subaltern“ nannte, nennen wir „national“. (Heiterkeit im Zentrum.) Es kommt nur darauf an, was die Nation für national hält, und die Nation jubelte auf, als ihr Gelegenheit gegeben worden, ihre Stimme zu erheben. Von einem Kulturkampf war auf unserer Seite nicht die Rede; in unserem Wahlauftritt ist kein Wort davon enthalten. Die Wahlen legen den liberalen Parteien eine große Pflicht auf, wir müssen von der Regierung die Einlösung des neuen Programms abwarten, dürfen aber nicht dieser Regierung, die den alten Reichstag auflöste, gegenüber versagen. — Abg. Singer (Soz.) führt aus: Wir erlitten bei dem Wahlkampf eine Niederlage nur an Zahl der Mandate (Nachen); im Volke schlug aber unsere Idee immer tiefere Wurzeln (Nachen), unsere Organisationen gewannen außerordentlich an Mitglieder. Für die Zukunft berechtigt die jetzige äußere und innere Stärke der Partei zu den besten Hoffnungen. (Schallendes Gelächter rechts; sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichskanzler in Aussicht stellte, künftig in den Wahlkampf noch ausgiebiger eingreifen zu wollen, muß das jeden, der ein freies Wahlrecht wünscht, äußerst erschrecken. Wenn uns vorgeworfen wird, wir bekämpfen die Monarchie, so mache ich darauf aufmerksam, daß in der Reichsverfassung kein Wort davon enthalten ist, daß das Reich eine monarchische Grundlage hat. (Nachen rechts.) Lob oder Tadel des Reichskanzlers über unsere Partei sind überflüssig, seinen Ton uns gegenüber verbitten wir uns aber. (Schallendes Gelächter rechts.) Die Kolonialpläne Dernburgs sind so unklar, daß keine Börse etwas darauf geben würde, Redner geht dann auf die Ausführungen des Kanzlers über die Streiks über, die die Sozialisten mitwillig inszenieren sollten. Von den Ausperrungen, die den Arbeitern durch die Arbeitgeber aufgezungen würden, spreche er nicht. Redner legt dann eine Photographie von Arbeitswilligen bei der Firma Wöhl in Oßeln vor, die mit Revolvern in der Hand die Streikenden terrorisieren. Bezeichnend sei, daß der Reichskanzler sich zum Handlanger und Briefträger der Grossindustriellen herbe. (Beifall.) — Staatssekretär Graf Posadowsky konstatiert, die Behauptung Singers sei unrichtig, daß die Arbeiter zugunsten der „nimmerfatten“ Agrarier ausgeplündert würden. Es sei nicht richtig, daß das untere Volk durch die deutschen Zollgesetze schwerer belastet sei, als die fremden Völker. (Beifall rechts.) Die Zollbelastung sei in Deutschland auch wesentlich geringer gewesen in den letzten Jahren. In England wuchs sie pro Kopf seit 1899 von 11,20 Mark auf 15,80 Mark, in Amerika von 12,64 Mark auf 14,95 Mark, in Deutschland wuchs sie nur von 8,89 Mark auf 10,15 Mark. — Abg. Winkler (Kons.) protestiert dagegen, daß hier von mehreren Seiten die Angelegenheiten der preussischen Politik erörtert werden. Seine Partei werde dafür sorgen, daß das Wahlrecht Preußens so gestaltet wird, daß Preußen auch fernerhin die Säule des Deutschen Reiches bleibe. Redner verlangt ein Gesetz zur Bestrafung für Publikationen gestohlener Schriftstücke. Die Mittelstandspolitik müsse richtig betrieben und die Versicherung der Privatbeamten geregelt werden. Wir müssen beweisen, daß die Wähler richtig handeln, uns hierher zu schicken. (Beifall rechts.) — Abg. Eichhoff (Frl. Vpt.) weist einige gegen ihn gerichtete sozialdemokratische Angriffe anlässlich der Doppelwahl zurück. — Abg. Hilpert (Bayer. Bauernbund) tritt für eine Reform zugunsten des Mittelstandes ein. — Zum Schluß spricht sich Abg. v. Liebert (Npt.) über die Ziele des Reichsbundes gegen die Sozialdemokratie aus, der infolge des Ausfalls der Wahlen 1903 aufstand. Hauptsache war, die Bewegung aus dem Volke heraus gegen die Sozialdemokratie zu erwecken. Der Reichsverband werde weiter kämpfen, wobei er zwei Bundesgenossen habe; den Erfolg und den bitteren Haß der besseren Kreise des Volkes gegen die Sozialdemokratie. Jetzt (zu den Sozialdemokraten) verloren sie eine Hälfte, 1912 wird der heilige Georg, das deutsche Volk, die andere Hälfte töten. Lebhafter Beifall, ironische Hurraufe bei den Sozialdemokraten.)

Bülow und der Revisionismus.

Nichts scheltet mehr zu neuem Kampfe an, als wenn der blödeste Trostkech des siegenden Heeres an dem zu Boden geworfenen Gegner vorüberzieht, um seinen Spott zu üben. Wenn die Vertreter der Sozialdemokratie das nur halbwegs im Auge behalten,

dann würden sie ihren Sieg mehr festigen als durch übel angebrachten Triumphgesang. Der Fürst Bülow ist einer von den Politikern, der sich von der Siegesfreude nicht zum Siegerübermut hinreißen läßt; eher noch kann man sagen, daß die Tage des Sieges ihm auch Tage der Entehrung geworden sind, fast tröstet er den überwundenen Feind, er hat ihm vor, wie sehr er sein Mißgeschick selbst verschuldet habe, und wie es gar nicht nötig gewesen sei, in so wilde Gegensätze zu geraten, wenn man es nur verstanden hätte, sich auf dem Boden gemeinsamer Arbeit zu finden.

Bülow bemüht sich, die sozialdemokratische Partei zu würdigen, ja er lehnt nicht einmal die Zusammenarbeit mit ihr ab, sofern sie diese Zusammenarbeit auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung wünscht. Darin liegt an sich das Bekenntnis, daß der sozialdemokratische Revisionismus eine für ihn diskutabile Staatsauffassung darstelle. Er sagt sogar ausdrücklich, daß er gewisse Hoffnungen auf den Revisionismus gesetzt habe, und bekundet dadurch einen großen Freimut. Zwischen dem Revisionismus der Sozialdemokratie und der Staatsauffassung Bülows liegt eine gewisse innere Verwandtschaft. Bülow bedauert, daß die deutsche Arbeiterschaft auf dogmatische Anschauungen sich hat festlegen lassen, die ihr jedes tatkräftige Eingreifen in die Verhältnisse des wirklichen Lebens lähmen. Das ist ungefähr dieselbe Klage, die als Erster Eduard Bernstein und dann nach ihm Schippel, Calwer, Bernhardt, Frine und v. Bollmar laut erhoben haben, während noch viele Tausende vorhanden sind, die ebenso denken, aber teils aus Verzagtheit, teils aus der ehrlichen Furcht, die gemeinsame Schicksalslinie zu schwächen, es nicht auszusprechen wagen. Die deutsche Arbeiterschaft steht an Intelligenz, Sitte, Aufopferungsfähigkeit, produktiver Kraft und innerer Fortentwicklung turmhoch über den gleichen Kategorien aller Völker der Erde — England und Amerika nicht ausgenommen. Aber gerade deshalb hat der Sinn zum Größeln, zur Idealisierung aller praktischen Fragen die Arbeiterschaft in das Joch der Dogmatik gepreßt. Es ist das dieselbe Entwicklung, die das Bürgertum zu Anfang des vorigen Jahrhunderts durchzumachen hatte, und die ihm auch eine gute Schule des Geistes war, bis es sich dann dazu durchrang, gestaltungsfräftig auf die Gegenwart einzuwirken. Die deutsche Arbeiterschaft, die nun bald ein halbes Jahrhundert im Bann des Dogmas steht, macht einzuweichen noch nicht die geringsten Anstalten, sich daraus zu befreien und aus einer Sekte sich zu einer Partei umzugestalten, die wirklich etwas bedeutet und mit der die moderne Staatsraison paktieren muß.

Diese Einwirkung von der Sekte zur Partei in Fluß zu bringen, das ist das eigentliche Ziel der Revisionisten. Es zeugt von einem guten Verständnis der in unserem Volke schlummernden Kräfte, wenn Bülow in dem Revisionismus einen Gewinn für die Allgemeinheit gesehen hat. Er ist konservativ, und der Revisionismus würde unter allen Umständen radikal-demokratisch geblieben sein, aber er hat in dieser Beziehung, wohl ein Stück jenes großen Gamaliel-Vertrauens, daß die Dinge sich niemals anders gestalten werden, als sie es ihrem inneren Wert nach verdienen. In der Tat würde es für das deutsche Leben eine nie geahnte Höhe politischen Glanzes bedeuten, wenn das einstweilen fast brach liegende Kapital von Intelligenz und Gemeinnut, das in unserer Arbeiterwelt steckt, dem Vaterlande nutzbar zu machen wäre. Von diesem Gesichtspunkte muß der verantwortliche Pfleger des Reiches, wenn er nicht bloß formale Verantwortlichkeit, sondern auch kulturelle Pflicht empfindet, dem Revisionismus sympathisch gegenüber stehen.

Bilanz auf die neuen Steuern.

Die Reichseinnahmen im verflossenen Jahre.

Die großen Hoffnungen, die man an die Ertragsfähigkeit des neuen Steuerbouquets aus der Hand des Schatzsekretärs Freiherrn v. Stengel geknüpft hatte, sind nicht in dem erwarteten Maße in Erfüllung gegangen. Auch die Zahlen über die Reichseinnahmen im verflossenen Januar zeigen, daß der zehnte Monat des laufenden Etatsjahres nicht gerade günstige Finanzresultate gebracht hat. Insbesondere sind die Einnahmen aus den Zöllen um fast 10 1/2 Millionen Mark geringer gewesen als im Januar 1906, in dem allerdings die aus Anlaß der bevorstehenden Zollerhöhungen stark gesteigerte Einfuhr eine ungewöhnlich große Zolleinnahme ergeben hatte. Trotz der Erhöhung der Brausteuer und der Einführung der Zigarettensteuer haben die Zölle und Verbrauchssteuern zusammen über 6 Millionen Mark weniger ergeben als im Januar 1906.

Die neuen Steuern zeigen sämtlich, abgesehen von der Zigarettensteuer und der Frachtturkendensteuer, eine wesentlich geringere Einnahme, als man angenommen hatte. Günstig waren wieder die Einnahmen der Postverwaltung. Die Ergebnisse der Börsensteuer liegen um mehr als 1 1/3 Millionen Mark unter denen des Januar 1906. Da jetzt die Einnahmen von zehn Monaten vorliegen, so kann man immerhin schon Schlüsse auf die mutmaßlichen Ergebnisse des ganzen Etatsjahres 1906 ziehen. Und es ist wohl der Mühe wert, etliche Ziffern genauer darauf anzusehen, ob die lebhafter in Bewegung gesetzte Steuerkrähe in dem erwarteten Maße gewirkt hat.

Aus den Vergleichen mit dem Etatsanschlage seien folgende hervorgehoben.

Die Zölle haben bisher 458,1 Millionen Mark eingebracht, während das Etatslof 500,7 Millionen Mark beträgt. Es fehlen also noch 102,2 Millionen Mark, die in den beiden noch ausstehenden Monaten wohl eingehen werden; jedenfalls aber wird sich kein erheblicher Ueberschuß ergeben. Die Tabaksteuer hat bis Ende Januar 8. Zs. 8,51 Millionen Mark eingebracht, während der Etatsanschlag 10,86 Millionen Mark beträgt. Es ist anzunehmen, daß sich ein Ausfall von etwa einer halben Million Mark herausstellen wird. Die Zigarettensteuer hat bereits 5,09 Millionen Mark ergeben, und damit den Etatsanschlag von 4 Millionen Mark um

1 Million übertroffen. Der Etat für 1907 hat für diese Steuer übrigens eine Einnahme von 11,47 Millionen Mark vorgesehen, die wohl auch erreicht werden wird.

Die Lotterielossteuer hat jedoch bisher nur 27,01 Millionen Mark ergeben, während der Etat 40,84 voraussieht, so daß voraussichtlich ein erheblicher Ausfall erfolgen wird. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat bisher 473,21 Millionen Mark erzielt. Der Etatsanschlag von 544,32 Millionen, zu dem noch 9 Millionen infolge der Erhöhung der Ortsgebühren hinzutreten, wird wohl um etwa 10 Millionen Mark überschritten werden. Die Reichseisenbahnverwaltung, die bisher 98,51 Mill. Mark gehabt hat, während der Etatsanschlag 107,38 Millionen Mark beträgt, wird einen Ueberschuß von über 10 Mill. Mk. erzielen. Von den neuen Steuern hat der Frachtturkendenstempel bisher über 9 Mill. Mk. eingebracht, was ungefähr der Voraussicht entspricht. Die Steuerarten der Automobile haben nur 1,11 Mill. Mark ergeben, das ist etwa die Hälfte der angenommenen. Die Tantiemensteuer hat bisher nur 1 Mill. Mk. eingebracht, während eine Jahreseinnahme von 10 Mill. Mk. vorausgesetzt war. Die Erbschaftsteuer ist auf 8 Mill. Mk. veranschlagt, hat bisher aber nur 1,65 Mill. Mk. ergeben. Ueber die Personienahrsartensteuer läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen, da die Einnahmen der Staatsbahnen usw. im Verrechnungswege festzustellen werden; bisher sind 8,29 Mill. Mk. vereinnahmt, während eine Einnahme von jährlich 45 Mill. Mark vorausgesehen war.

Bisher haben also die neuen reichseigenen Steuern erst 20 Mill. Mark ergeben, während der Etat eine Einnahme von 44,66 Mill. Mk. voraussieht, so daß in den letzten beiden Monaten noch etwa 25 Mill. Mk. eingehen müssen, um den Etatsanschlag zu erreichen.

Deutschland.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Freitag die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fort. Ein Antrag des Zentrumsabgeordneten Graf Spee, wonach bei der Prüfung von Vorlagen über gewerbliche Anlagen auch landwirtschaftliche Sachverständige hinzugezogen werden sollen, wurde nach längerer Debatte gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien und der Nationalliberalen angenommen. Namens der Freisinnigen Volkspartei hatte Abgeordneter Fijich bedingt, daß der Antrage mit § 16 der Gewerbeordnung nicht vereinbar sei. Abgeordneter Goldschmidt (Frl. Vpt.) verlangte die Zuziehung von Ärzten, Hygienikern und Arbeitern zur Gewerbeaufsicht und die Vermehrung der Gewerbeinspektoren und der weiblichen Assistenten für diese Beamten. Eine längere Erörterung knüpfte sich an das Kapitel „Gewerbliches Fortbildungsschulwesen“. Abgeordneter Hammer (Kons.) trat für die Angliederung der Hochschulen an die Fortbildungsschulen in Berlin ein und erinnerte, daß in Berlin der Fortbildungsschulunterricht von Lehrern im Nebenamt erteilt würde, wobei er sich auf Ausführungen des Stadtschulrats Dr. Michaelis berief. Abg. Goldschmidt (Frl. Volkspartei) erwiderte, daß Berlin 25 000 bis 30 000 Schüler in der Pflichtfortbildungsschule unterbringen müsse, daß die Absicht bestehe, für diesen Unterricht Lehrer im Hauptamt zu beschäftigen, daß aber naturgemäß erst solche Lehrer herangebildet werden müßten. Am Schluß der Sitzung nahm Präsident v. Fröcher Veranlassung, die Aeußerung des Frl. v. Zedlitz (Frl.) vom Donnerstag, daß der Zentrumsabgeordnete Trimborn ein Schrittmacher der Sozialdemokratie sei, als der Ordnung des Hauses nicht entsprechend zu bezeichnen.

(Die Braunschwelger Regentenschaft.) Wie aus authentischer Quelle verlautet, wird der Regentenschaftsrat den Vorschlag eines Regenten dem zu sammentretenden Landtagsauschuß überlassen.

(Oberlandesgerichtsrat Noeren ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension bewilligt worden.

Der Dieb, der Briefe des Generals Reim entwendete, soll entdeckt worden sein. Er heißt Janke und wurde vor vier Jahren als Bureaubeamter des Flottenvereins angestellt. Janke verschwand in dem Augenblick, wo der „Bayer. Courier“ die Enthüllungen begann. Man forschte und entdeckte, daß er einen Teil der Briefschaften aus einem eisernen Schranke entwendet hatte, dessen Schlüssel er besaß, daß er auch einige andere Briefe, die sich nicht in jenem Schranke befanden hatten, auf noch unaufgeklärte Weise gestohlen hat. Auch das Verschwinden von Wertgegenständen wurde konstatiert. Die Untersuchung hat ergeben, daß Janke wiederholt abends nach Schluß der Bureauzeit in den Räumen des Flottenvereins zurückgeblieben war. Am dem Morgen des Tages, wo wegen des großen Schneesturms die Angestellten in fast allen Berliner Bureaus zu spät kamen, war Janke als einziger Beamter schon um 9 Uhr bei der Arbeit. Man nimmt an, daß er an jenem Morgen, begünstigt vom Schneesturm und der Einsamkeit, den Raub verübt hat.

Es fragt sich, ob diese Darstellung richtig ist. Ganz korrekt kann sie schon darum nicht sein, weil Generalmajor Reim selbst festgestellt hat, daß ihm die Briefe nicht gestohlen worden sind, sondern daß nur Abschrift von ihnen genommen worden ist.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Kamen.
Druck und Verlag von C. May in Bielefeld.

Ausland.

Spanien.

— (Die Ziviltrennung in Spanien.) „Gaceta de Madrid“ veröffentlicht einen Erlass des Königs, durch den die Verfügung vom 27. August 1906 über die Eheschließung aufgehoben wird. Durch diese Verfügung war die Ziviltrennung auch dann für zulässig erklärt worden, wenn keine Erklärungen betreffend die Religion seitens der Eheschließenden abgegeben wurden. Dieser Erlass hatte heftigen Widerspruch seitens der Bischöfe hervorgerufen, die erklärten, sie müßten eine unter solchen Umständen geschlossene Ehe als Konfubinat ansehen.

Amerika.

— (Kalifornien und die Mongolen.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet, daß das Unterhaus der Kalifornischen gesetzgebenden Körperschaft einen Gesetzentwurf angenommen habe, nach dem Ausländer, die nicht Bürger der Vereinigten Staaten werden, keinen Grundbesitz erwerben dürfen. Die Spitze des Gesetzes richtete sich gegen die Japaner und Chinesen.

Westfalen und Rheinland.

* Annen, 4. März. (Eine heilsame Lehre.) Die „A. Z.“ schreibt: Aus den durch die Robur-Explosion i. St. hervorgerufenen maßlosen Schreden wird nunmehr nach und nach bei manchem unserer Leser eine kühle Ernüchterung eingetreten sein, nachdem er sich die Angelegenheit von der materiellen Seite ansieht und mit den ihm entstandenen Schäden rechnet. Stand er bisher unter dem Eindruck der Schadloshaltung durch irgend einen haftbaren Faktor, so sieht er sich nun bitter getäuscht, denn in Wirklichkeit existiert ein solcher für ihn nicht, er ist vielmehr auf sich selber angewiesen. Wie allen bekannt sein dürfte, reichen die Unterstufungen für die Geschädigten bei weitem nicht aus, gar viele — wir möchten sagen, die meisten — Hausbesitzer bürsten leer dabei aus, nachdem, wie uns mitgeteilt wird, die Feuerversicherungs-Gesellschaften gegen jedes Entgegenkommen in Bezug auf Entschädigungen nach wie vor ein recht freisinniges Verhalten zur Schau tragen. — Dazu kommt auch, daß die Robur-Gesellschaft selbst nicht haftbar zu machen ist, wenn derselben nicht größere Verfehlungen resp. Verschuldungen nachzuweisen sind. Was sind nun aber die Folgerungen aus dieser ganzen äußerst prekären Sachlage? „Daß der Bürger in dem Industriezentrum weder seines Lebens noch seiner Habe dauernd sicher ist.“ — Angenommen z. B., es erfolgte auf irgend einem Werk eine Kessel- oder sonstige gefährliche Explosion, seine Gesundheit oder sein Besitztum nähmen dadurch erheblichen Schaden, wer kommt dem Manne dafür auf? — Das Werk lehnt ab, da es nicht für ein Unglück kann, (der Arbeiter auf dem Werk ist natürlich durch das Unfallvers.-Gesetz geschützt), und die Feuerversicherung? — Hier eben machen wir aber die Entdeckung einer großen Lücke in unserem Gesetzbuch, in dem nichts über derartige Fälle von Haftpflicht steht. — Es ist daher Pflicht des Bürgermannes, vor allem des hausbesitzenden Standes, dahin energische Schritte zu tun, daß hier Wandel geschaffen und für die Sicherheit des Bürgers an Gut und Leben Sorge getragen wird, sei es durch Einbringen eines besonderen Haftpflichtparagrafen in das Gesetzbuch oder durch den Zusammenschluß der in Frage kommenden Werke zu einem Haftpflichtverband. Es muß, das hat uns die unheilvolle Roburkatastrophe gelehrt, zur Sicherheit des Bürgers auch gerade in dieser Beziehung etwas geschehen, damit er in einem gedachten Falle nicht seiner harten ersparten Habe verloren geht oder an den Bettelstab gebracht wird.

? Vorhalle, 2. März. (Totgedrückt.) Der hier stationierte 17 Jahre alte Rottenarbeiter Voos aus Herbede geriet gestern vormittag kurz nach 10 Uhr auf der hiesigen Station beim Rangieren zwischen die Räder zweier zusammenfahrenden Güterwagen. Dem Voos wurde die Brust eingedrückt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Köln, 4. März. (Ein achtzehnjähriger Baufünftler.) In dem von der Woche ausgeschriebenen Wettbewerb um Entwürfe für Sommer- und Ferienhäuser gingen 1523 Arbeiten ein. In der 7500 Mark-Gruppe erhielt laut Frankf. Generalanz. Ernst Jung, Sohn des Wirts „Zum Reichsapfel“ in Frankfurt a. M. den ersten Preis. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als der Sieger erst 18 Jahre alt ist.

Nachen, 4. März. Der Spielort Baals hat in der Person des Gendarmenkapitän's Quader einen neuen Bürgermeister erhalten. Alle Welt erhofft von ihm die Unterdrückung des Spielklubs, doch wird das nicht so schnell gehen, da in der ersten Kammer der holländische Justizminister erklärte, er müßte, um seine Wünsche in Taten umzusetzen, das Urteil des obersten Gerichtshofes in Sachen der Spielklubs abwarten. Das bedeutet die Fortexistenz der Klubs vielleicht noch auf Jahre hinaus. Tagtäglich werden Unsummen in Baals verloren bzw. gewonnen. Es wird sogar gemeldet, daß Nachener Kaufleute und solche vom Niederrhein dort noch in jüngster Zeit ihr gesamtes Vermögen verloren.

Krankenpflegerinnen.

Mängel und Vorzüge des Berufs.

In der Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik sprach in Professor Laffars Hörsaal in Berlin die Vorsitzende der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands, Schwester Agnes Karll, über die neue Prüfungsordnung für Krankenpfleger. Die Vortragende führte aus: Die neue Prüfungsordnung gewähre den Sanitätskolonnen eine Ausnahmeregel, weil sie nicht eine so lange Lehrzeit durchzumachen hätten wie die Krankenpflegerinnen. Es bestehe ein größerer Schwefternmangel als Mangel an Sanitätskolonnen. Dieser Schwefternmangel habe leider dahin geführt, daß in den Diakonissen-Mutterhäusern schon

Schülerinnen auf verantwortungsvolle Posten.

gestellt werden. Die deutschen Krankenpflegerinnen seien, wenn auch nicht alle ihre Wünsche erfüllt werden, dem Bundesrat doch zu Dank verpflichtet, Reformen herbeigeführt zu haben, durch welche die Ausbildung der Krankenpflegerinnen einheitlicher gestaltet werde. Mit großer Genugtuung sei zu begrüßen, daß die Ausbildungszeit auf 1 Jahr bemessen sei, während sie jetzt sehr verschiedenartig ist, manchmal nur auf sechs Monate bemessen. Sie wünsche, daß noch ein weiteres Jahr zur Spezialausbildung hinzukomme. Die Krankenhäuser müßten aber die Kurse so einrichten, daß die Schülerinnen auch nach einem Jahre die Prüfung bestehen können. An dem

Schwefternmangel

frage auch die zu geringe Besoldung in den Krankenhäusern schuld. In den Berliner Krankenhäusern erhielten die Schwestern während des Probejahres nur 20 Mk. monatlich. Im Bismarck-Krankenhaus erhielten sie monatlich 30 Mk., aber nur,

weil Schwesterinnenmangel vorhanden sei. Die Schwestern müssen aber wissenschaftlich gebildet sein, sich auf zwei weitere Jahre verpflichten und 200 Mark Kaution stellen. Dabei sei der Beruf aufreibend, in 10 bis 15 Jahren sei eine Schwester völlig verbraucht und dienstunfähig. Die deutschen Pflegerinnen hofften, daß die Ärzte bei der neuen Prüfungsordnung für ihre Gehilfinnen eintreten werden.

Dr. Jacobsohn bemerkte zu diesem Vortrage, daß die Ärzte in Deutschland die ersten gewesen sind, welche ihre Augen auf die Mängel in der Krankenpflege gerichtet hatten. Er wünschte, daß gesetzlich auch

Krankenpfleger Schulen

vorgesehen würden wie für die Krankenpflegerinnen, denn wir brauchen einen ordentlichen Krankenpfleger- und Pflegerinnenstand, wie wir einen ordentlichen Kuchensatz haben. Das ärztliche Hilfspersonal sollte gleichmäßig ausgebildet werden. Mit der Berklästung muß gründlich aufgeräumt werden. Früher mag es einen Unterschied zwischen Wärtern und Pfleger gegeben haben, jetzt sei Pfleger und Wärter tatsächlich dasselbe. In die Krankenpfleger- und Pflegerinnen würden und müssen heute so hohe Anforderungen gestellt werden, daß ein Jahr Ausbildung nicht genügt. Es müßte, wie bei den Ärzten, noch ein praktisches Jahr hinzukommen.

Professor Salzweber, der Leiter der Krankenpfleger Schule an der Charité, führte aus, das den Sanitätskolonnen wohl eine Ausnahme-Einstellung eingeräumt werden könne, denn das Lazarettgehilfenpersonal sei immer noch das bestausgebildete Personal. Die

Aussichten für eine gute Krankenpflegerin

seien noch nicht die schlechtesten, sie könnten doch mit einem jährlichen Einkommen von 1500 bis 2000 Mark rechnen. In den Hospitälern sei allerdings das Gehalt gering, aber dafür bilden sie sich auch praktisch aus, für den theoretischen Unterricht genüge ein Jahr. Pfleger und Pflegerinnen bedürfen einer größeren Ausbildung; sie sollen in der Beobachtung der Kranken den Arzt vertreten können; sie sollen überhaupt Medikamente, Selbstversorgungen in der Hand des Arztes sein, während dem Wärter und Heilgehilfen nur einzelne Hilfeleistungen zugewiesen werden. Der Heilgehilfe mache deshalb auch nur eine dreimonatliche Ausbildung durch, was in der Öffentlichkeit mehr bekannt sein sollte, um Pfleger und Pflegerinnen von Wärtern und Heilgehilfen unterscheiden zu können. Deshalb stelle die Prüfungsordnung auch höhere Anforderungen an Pfleger und Pflegerinnen.

Eine Wanderung um die Erde.

Nach zehn Jahren ist soeben ein Savoyarde wieder in Paris eingetroffen. Der glückliche Wanderer um die Erde vollendet hat. Sofort nach Ableistung seiner Militärpflicht hatte Laurent Revel seine kühne Fahrt begonnen, und er ist nun sehr stolz, sein festsitzendes Programm treulich ausgeführt zu haben. Mit einem Rucksack und einem Knotenstock, mit wenig Bargeld und einem hübschen Talent für Vortragskunst ist er über 50 000 befehlende Unterschriften in allen Welt Sprachen. „Ich trug sie stets bei mir in meinem Rucksack“, so erzählte Revel, „und habe sie mitgeschleppt über die Sierra und durch die Pampas, über das Meer, und durch die Länder. Die Banditen, die mich mehr als einmal vollkommen ausplünderten, haben mir meine Hefte gelassen, da sie ihnen doch wertlos schienen. Und doch sind sie mein kostbarer Besitz. Nahezu 120 000 Kilometer Wege habe ich in den zehn Jahren zurückgelegt und ich kann es kaum abwarten, meine Fahrt wieder von neuem anzutreten. Ich werde Kanada und Chile wieder besuchen, die Länder, wo man mich als herabgefallenen angesehen hat, und dann werde ich auch nach Australien kommen, dem Weltteil, den ich noch nicht kenne. Schließlich werde ich auch in China eindringen, denn das erste Mal bin ich von Tonking aus nur durch die Küstenprovinzen gewandert.“ Alle Lebensnöte hat dieser Globe-Trotter so nebenbei überwunden. Wo er hinkommt, seinen bescheidenen Unterhalt gewinnt er durch seinen Pinsel, und wenn es mit dem Geld einmal ganz knapp wird, so kündigt er einen Vortrag an über seine Fahrten, und einige seiner primitiven Malkunstwerke wird er dabei immer los. Freilich ist diese Reisetmethode nicht gefahrlos; mehr als einmal hat der einfache Weltwanderer dem Tode ins Auge schauen müssen. „In Abessinien brachte ein Säbelhieb mir die große Wunde an der Hand, deren Narbe man noch sehen kann. Ohne meine große dänische Dogge wäre ich verloren gewesen. In China hatte man mich gefangen genommen, weil ich über gewisse festsitzende Totenbrände gelacht hatte, und nur mit Mühe entging ich schwerer Verurteilung. In Äthiopien wurde ich von Minenarbeitern angegriffen, die mich für einen Verbrecher hielten, und mich lange verfolgten. In Venezuela verirrte ich mich in der Wüste, und war nahe daran, an Hunger und Erschöpfung zu sterben. In Peru wurde ich von Wegelagerern überfallen, und mehr als einmal mußte ich mit dem Revolver mein Leben verteidigen.“ Trotzdem will der Wanderschwab nicht wieder hinaus, wieder fort, so schnell als möglich. „Hier in Paris erlaube ich, ich fühle mich bedrückt zwischen all den hohen Steinhäusern. Ich müßte hier sterben.“

Vermischtes.

— Eine deutsche Forschungsreise durch Sumatra. In den Sitzungsberichten der Berliner Akademie der Wissenschaften wird ein erster Bericht über eine Forschungsreise veröffentlicht, die der Breslauer Professor Dr. Wilhelm Bolz zur Untersuchung des Gebirgsbaues und der Vulkane von Sumatra in den Jahren 1904 bis 1906 unternommen hat. Der Gelehrte, der bereits früher Reisen im ostindischen Archipel ausgeführt hatte, dehnte diesmal seine Untersuchungen über das bisher unbekannte, erst neuerdings dem holländischen Gouvernement einverleibte Nordsumatra aus. Er machte sieben größere Expeditionen von durchschnittlich zweimonatlicher Dauer in dem gebirgigen Binnenlande, auf denen er im ganzen etwa 6000 Kilometer, stets zu Fuß, zurücklegte. Der holländische Generalgouverneur gewährte ihm bereitwilligste Unterstützung und stellte ihm, da der Marsch größtenteils durch feindliches Gebiet führte, für fünf Expeditionen eine militärische Eskorte zur freien Verfügung. Die Expeditionen hatten mit mancherlei Gefahren und Schwierigkeiten zu kämpfen; einmal wurde auch ein Ueberfall auf sie ausgeführt, wobei zwei Soldaten schwer verwundet wurden. Die Ergebnisse der Reise brachten sehr wertvolle Aufschlüsse über den geologischen Aufbau der bisher noch wenig erforschten Insel, deren Norden von dem mittleren und südlichen Teile in wesentlichen Punkten abweicht. Von Sumatra aus begab sich Professor Bolz noch nach Java, das er einige Wochen

bereiste, im wesentlichen auch zur Untersuchung der Lagerstätte des Pithecanthropus bei Trinil.

— Aus Kopenhagen wird gemeldet: Wie verlautet, ist Prinz Hans, der Onkel des Königs, während eines Besuches im Residenzpalais über einen Treppenschwanz gefallen und hat dabei eine ziemlich erhebliche Verletzung erlitten. Es heißt, eine Rippe sei gebrochen. Der Prinz wurde sofort nach seinem Palais geschafft, wo er das Bett hütet.

— Schwarze Pöden. Ein am 7. Februar in Kopenhagen angekommenen Dampfers „Mira“ ist im Krankenhaus die ihn pflegten, sind gestorben; vier weitere Personen sollen angesteckt sein.

— Ein politischer Mordprozess. Ueber den Hauptteil der Verhandlung und das Urteil haben wir bereits berichtet. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung hat Hundert Gastwirte Reize, daß er hörte, wie der Angeklagte auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er den Mann erstochen habe, sagte: Er hat ja falsch gewählt. Der Zeuge Gastwirt Heinze bekundet, Danisch und der Angeklagte verkehrten bei ihm, beide waren starke Trinker. Er hatte oft Gelegenheit, sie hinauszuweisen. Am 25. Januar, dem Wahltag, sei Danisch in seinem Lokal gewesen und habe großen Lärm gemacht. Er habe ihn schließlich hinausgebracht. — Vorj.: Das soll geschehen sein, weil Danisch patriotische Lieder sang und den Kaiser hoch leben ließ. — Zeuge: Dabon habe ich nichts gehört. — Der Zeuge Leopold Rosig und dessen Ehefrau aus Kattowitz, bei denen der Angeklagte 1 1/2 Jahre in Logis und Kost war, bekunden, daß der Angeklagte sehr viel getrunken habe. Wenn er stark trank, hatte er oft Krämpfe, in einer Nacht viermal.

— Selbstmord nach der Rassenrevision. Freitag früh erschoss sich in Bongrowitz der Mühlenbesitzer und Bankvorsteher der dortigen Reichsbankniederstelle, Ueder, nachdem abends vorher eine unvermutete Revision stattgefunden hatte.

— Die Nacher ihrer Schwester. Die Kadelmelbung aus Newyork berichten über einen sonderbaren Mordprozess, der vielfach an den Fall Thaw erinnert. Der Ausgang dieses Prozesses wird einen Fingerzeig dafür bieten, wie die Newyorker Geschworenen die Tat des Herrn Thaw beurteilen werden. Der Prozess findet in Culpeper in Virginia statt. Dort hatte ein junger Mann namens Bywaters ein junges Mädchen unter Verprechen der Ehe verführt, dann aber schmählich in die Stiche gelassen. Die beiden Brüder des betrogenen Mädchens, welches aus gutem Hause stammte, zwangen nun Herrn Bywaters unter Drohung des Todes ihrer Schwester die Ehre wiederzugeben und sie zu heiraten. Die Hochzeit fand im engsten Kreise statt; denn die beiden Brüder der Braut, James und Philipp, standen neben dem Mörder mit geladenen Revolvern, um den Bräutigam zu erschießen, falls er sich im letzten Augenblick weigern sollte, sein Opfer wieder ehrlieh zu machen. Nach der Hochzeit rächte sich Bywaters, indem er seine junge Frau verhöhnte und mißhandelte. Ihr Leben wurde zu einer Höllequal. Schließlich beklagte sie sich bei ihren Vätern, und diese machten kurzen Prozess und erschossen den Peiniger ihrer Schwester ohne viel Federlesens. Nun werden sie des Mordes angeklagt. Nach dem Muster des Thaw-Prozesses wurde die junge Frau Bywaters in den Gerichtssaal gebracht, um die Geschichte ihres Unglücks zu erzählen. Sie schilderte alles, was ihr Gatte vor und nach der Hochzeit ihr angetan hatte. Die öffentliche Meinung von Culpeper hat sich mit aller Entschiedenheit auf Seite der beiden Angeklagten gestellt, und man glaubt mit Sicherheit annehmen zu können, daß die Brüder freigesprochen werden.

— Aus dem Leben des „lachenden Philosophen.“ Der berühmte Verfasser des „Demokritos“, Karl Julius Weber, war nach mannigfachen Schicksalen Gouverneur des Erbprinzen von V. geworden. Die geistige Beanspruchung dieses Bögling's war eine sehr unbedeutende und verursachte seinem Erzieher manche qualvolle Stunde. Im Jahre 1802 sollte er mit ihm eine Reise durch ganz Europa machen, jedoch kam man nur bis Holland, weil der Erbprinz eine furchterliche Angst vor dem Wasser hatte und kein Schiff besteigen wollte. Schließlich entfloß er seinem Erzieher und reiste schnurstracks heim, während Weber erst später in V. wieder anlangte. Der Fürst wünschte lebhaft, daß Weber die Erziehung seines Sohnes vollende, während die ihrem Sprößling verzärtelnde Mutter dagegen war. Weber ließ sich auf tat sächlich vom Fürsten überreden, zu bleiben. Jedoch sollte die Herrlichkeit nur kurze Zeit dauern. Eines Tages traf ein neues „Lehrbuch der Naturgeschichte“, ein, das zum Unterrichte des Erbprinzen bestimmt war. Die Fürstin musterte das Buch mit kritischen Blicken und sprach dann den Wunsch aus, Weber möge aus dem Buche alles entfernen, was „bei ihrem Sohne Anstoß erregen“ könne. Kurz entschlossen, riß Weber ein Blatt aus dem Buche heraus. Die Fürstin ergriff es und las die Ueberschrift: „Beschreibung des Schafes.“ Am anderen Tage verließ Weber V. für immer.

Underberg-Booncamp. Trotz der wiederholten strafrechtlichen Verurteilungen wegen Verletzung von Warenzeichen der Firma S. Underberg-Albrecht in Rheinberg gibt es immer noch Delinquenten, welche in die Zeichenrechte genannter Firma eingreifen. Erst vor kurzem hat das Reichsgericht zwei Urteile der Strafkammern in Wiesbaden und Benthien bestätigt, durch welche Nachahmer von Warenzeichen der Firma S. Underberg-Albrecht zu erheblichen Geldstrafen verurteilt wurden. Und schon wieder stand am 7. Februar d. J. vor der Strafkammer des Landgerichts Elberfeld ein Barmer Alkoholfabrikant wegen Verletzung von Warenzeichen der Firma S. Underberg-Albrecht. Auch er wurde zu 300 Mark Geldstrafe nebst Urteilsveröffentlichung in 4 Zeitungen verurteilt. Das Urteil ist bereits rechtskräftig geworden. Für die Bilder- und Etiketten-Fabrikanten dürfte bekannt sein, daß das oben erwähnte reichsgerichtliche Erkenntnis vom 25. Oktober 1906 von Interesse sein, weil es zugleich einer vielfach verbreiteten irrigen Auffassung begegnet. Das Reichsgericht hebt nämlich in der Entscheidungsgründen hervor, daß infolge der Eintragung eines Zeichens nur der Zeicheninhaber zu seiner Benutzung berechtigt ist und daß ein anderer zur Verwendung eines gleichen oder im Sinne des § 20 des Gesetzes verwechslungsfähigen Zeichens selbst dann nicht bestraft ist, wenn er ein herartiges Zeichen bereits vor der Eintragung geführt haben will.